

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, vierteljährlich 7,50 Goldmark, halbjährlich 13,50 Goldmark, jährlich 25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sieb- und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295 Verlag: Dönhoff 2506-2507

Freitag, den 15. August 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Depotkassenstraße 3

Man sucht die Einigungsformel.

Die Einjahrfrist als „Maximum.“ - Räumung der süddeutschen „Flaschenhälse.“

London, 14. August, 10 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Die Hoffnung, daß die Engländer oder die Amerikaner Herriot veranlassen würden, in der Frage der Räumungsfrist größere Nachgiebigkeit zu zeigen, hat sich nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil Herriot gelungen, die Engländer und die Amerikaner davon zu überzeugen, daß es aus Rücksicht auf die innere Situation Frankreichs bei seiner Formel der einjährigen Räumungsfrist bleiben müsse.

Dagegen scheint es gelungen zu sein, Sicherheit dafür zu erhalten, daß die zugleich mit dem Ruhrgebiet besetzten badischen Gebiete sofort geräumt werden würden. Außerdem haben die Franzosen und die Belgier auf die Befreiung eines Teils ihrer Eisenbahnen im Ruhrgebiet verzichtet. Ferner spricht man hier von einer „außerhalb der Abkommen liegenden Handlung“ der französischen Regierung, die ihren Willen zur beschleunigten Liquidierung der Poincaré'schen Politik beweisen werde und die erfolgen solle, sobald das Londoner Abkommen durch ein Vertrauensvotum der französischen Kammer gedeckt sei.

Man kann demnach mit einer gewissen Entspannung der Lage rechnen und braucht die Situation nicht als hoffnungslos zu betrachten. Der geplante Flug des Reichsfinanzministers Dr. Luther nach Berlin wird unter diesen Umständen unterbleiben. Eine Vereinbarung, die Herriots Formel angetastet läßt, aber doch das Vertrauen Deutschlands in die Loyalität der französischen Vertreter zu stärken geeignet ist, wird sichtbar.

Die bedeutungsvolle Meldung unseres Londoner Korrespondenten findet ihre Bestätigung und Ergänzung durch die folgende Meldung von „Europa-Brief“:

In der Versammlung der alliierten Delegationsführer von heute vormittag erklärte der amerikanische Botschafter Kellogg u. a., daß die französische Politik Deutschland gegenüber seiner Ansicht nach vernünftig sei. Darauf gaben der japanische und der italienische Delegierte Erklärungen ab, worin sie die von Herriot in Aussicht gestellte einjährige Frist der militärischen Räumung der Ruhr billigten. Es folgte eine Sonderbesprechung mit Macdonald, Kellogg, Marx und Stresemann im Garten von Downing Street. Die beiden ersteren drängen in die deutschen Delegierten, den französischen Vorschlag über die Räumung der Ruhr anzunehmen. Um 4.30 Uhr erschien Marx im Hydepark-Hotel, wo er sich während 45 Minuten mit Herriot besprach, dem er mitteilte, daß die deutsche Delegation beschließen habe, den Finanzminister Luther nach Berlin zu senden, um sich mit Präsident Ebert und den Parteiführern des Reichstags über den französischen Vorschlag zu besprechen. Herriot erklärte, daß er gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden habe; betonte aber gleichzeitig, daß die französische Delegation keine weiteren Konzessionen mehr machen könne.

Da diese Unterredung länger als bis 5 Uhr dauerte, wurde die Versammlung der Vierzehn erst um 1/8 Uhr eröffnet. Marx teilte mit, daß die deutsche Delegation beschließen habe, Dr. Luther nach Berlin zu senden, und schlug darauf vor, daß die Konferenz bis nächsten Montag verschoben werden solle. Herriot unterstützte diesen Vorschlag. Macdonald erklärte, er verleihe nicht, warum die Konferenz so lange vertagt werden müsse und drang in den Reichsfinanzminister Marx, von dem Vorhaben abzustehen. Dr. Luther nach Berlin zu entsenden. Schließlich entschloß sich die deutsche Delegation, auf diese Reise zu verzichten. Sie richtete dafür ein langes Telegramm an den Reichspräsidenten. Am die Antwort der deutschen Delegation nach Beantwortung dieses ihres Telegramms entgegenzunehmen, wird eine neue Versammlung auf Freitag vormittag 10 Uhr einberufen. Hierauf behandelte die Versammlung der Vierzehn noch einige untergeordnete, auf den Dawes-Plan bezügliche Fragen.

Schließlich meldet WTB. in später Abendstunde:

London, 14. August. Der Sonderberichterstatter des WTB. erzählt über die Lage, daß die Verhandlungen des heutigen Tages sich im wesentlichen nur auf die Frage der Ruhräumung bezogen. In der um 5 Uhr nachmittags abgehaltenen kurzen Sitzung des Rates der Vierzehn wurden nur einige formelle Geschäfte erledigt.

Am Vormittag fand eine Besprechung der Alliierten untereinander über die Frage der Ruhräumung statt. Daran schloß sich eine Zusammenkunft Macdonalds und Kelloggs mit den Führern der deutschen Delegation. Hierbei wurde den letzteren der französische Standpunkt dargelegt. Es wurde erklärt, man habe sich davon überzeugt, daß der französische Ministerpräsident Herriot bei dem Stand der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht weitergeben könne, als er es getan habe, und daß er an der einjährigen Maximalfrist festhalten müsse.

Macdonald und Kellogg traten dafür ein, daß der Erfolg der Konferenz nicht an der Frage des Datums der Räumung scheitern dürfe. Die gestern von deutscher Seite gestellte Anfrage wegen des

Beginns des Räumungsjahres wurde in der Konferenz zwischen den deutschen und französisch-belgischen Delegierten dahin beantwortet, daß das Jahr am Tage der Paraphierung des Räumungsabkommens beginne. Von französischer Seite wurde dabei betont, daß, da das Gutachten voraussichtlich erst am 15. Oktober in Kraft trete, die Räumungsfrist also dann im Höchstfalle nur 10 Monate betrage. Als selbstverständlich wurde bezeichnet, daß alle sogenannten Flaschenhälse und sonstige Gebietsstreifen, die im Anschluß an die Ruhrbefreiung von den Franzosen zur Sicherung ihrer Eisenbahntransporte usw. besetzt worden sind, unverzüglich geräumt werden würden. Es handelt sich dabei um Mannheim, Karlsruhe, Offenbach usw. Endlich wurde zugesagt, daß die französischen und belgischen Eisenbahner restlos zurückgezogen werden sollen. Es wurde lediglich der Vorbehalt gemacht, daß Genietruppen eingezogen dürften, falls die Lebensmittelversorgung der Besatzungstruppen gefährdet wäre. In bezug auf die Frage der etappenweisen Räumung des Ruhrgebietes wurde keine Klärung erzielt.

Weder die Besprechung zwischen Reichsfinanzminister Marx und Herriot am Vormittag, noch die Zusammenkunft zwischen Herriot-Macdonald und Marx-Stresemann am Nachmittag führte zu einer wesentlichen Klärung der Lage. Die deutsche Delegation hat über die Lage nach Berlin Bericht erstattet.

In den Kreisen der Konferenz, nicht nur in den deutschen, ist die Heberäufung über den in den letzten 48 Stunden eingetretenen Stillstand

Umkehrung der französischen Auffassung

allgemein. In englischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, die Deutschen beachteten nicht genügend die Vorteile des Anerbietens Herriots, der feierlich erklärte, daß die zwölf Monate ein Maximum seien, so daß ein noch früheres Räumungsdatum sehr wahrscheinlich wäre, wenn erst durch einen glücklichen Abschluß der Londoner Konferenz eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen sei.

Von deutscher Seite wird demgegenüber betont, daß es nicht sicher sei, ob Herriot, an dessen persönlichem gutem Willen niemand zweifelt, in einem Jahr noch am Ruder sein werde. Die Lage erscheint unverändert ernst.

Alle diese Meldungen sind im Ton zwar voneinander verschieden, stimmen aber im wesentlichen miteinander überein. Danach scheint es sicher, daß Herriot das Recht für sich beansprucht und nicht aufgeben will, die militärische Räumung des Ruhrgebietes erst nach Jahresfrist vorzunehmen, daß er aber keineswegs die Absicht hat, von diesem Recht unbedingt Gebrauch zu machen. Schließlich wäre es ja nur logisch, wenn die französische Regierung den Wunsch hätte, das Unnennliche ohne Verzögerung zu tun und, drahtförmig gesprochen, dem Hund den Schwanz mit einemmal abzuhacken. Eine sozusagen freiwillige Räumung vor dem Endtermin läge somit nur in der Konsequenz der Entwicklung, die die Londoner Verhandlungen genommen haben.

Daß England und Amerika die Räumung wollen, steht außer Frage, daß auch Herriot sie will, ist ebenso gewiß. Daß die Belgier auf dem Standpunkt stehen „Wenn schon, dann gleich!“ - und sie haben an der Ruhrbefreiung nie Freude gehabt - ist gleichfalls kein Geheimnis.

Auf der anderen Seite ist das Mißtrauen Deutschlands verständlich, das in keiner Weise der ehrlichen Absicht Herriots gilt, wohl aber seiner Kraft, sie zu verwirklichen. Gelingt es, dieses Mißtrauen zu überwinden und dem deutschen Volk die begründete Überzeugung beizubringen, daß der Rückzug der fremden Truppen aus dem Ruhrgebiet auf alle Fälle nur eine Frage von Monaten ist, dann verliert die Frage der Räumungsfrist ihren giftigen Stachel.

Nach den bis Mitternacht in Berlin vorliegenden Nachrichten ist die Krise als noch nicht überwunden anzusehen, ebensowenig aber kann von einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen die Rede sein.

Der heutige Tag dürfte die Entscheidung bringen.

Kein Ultimatum!

London, 14. August. (WTB.) Von höchster britischer Stelle verlautet, daß es sich bei dem den deutschen Delegierten unterbreiteten alliierten Standpunkt „um nichts handelt, was den Charakter eines Ultimatums trüge“.

Britische Erschwerung deutscher Einfuhr.

London, 14. August. (Reuter.) Die britische Regierung hat beschlossen, die fünfprozentige Abgabe, mit der die deutsche Einfuhr in Großbritannien jetzt belegt ist, wieder in eine 26prozentige umzuwandeln, wie sie ursprünglich in der Reparations Recovery Act festgelegt war. Es verlautet, daß diese Maßnahme in dem Bericht des zweiten Ausschusses der Londoner Konferenz vorgesehen ist und daß diese Erhöhung eine dauernde sein soll.

Der Abbauskandal.

Zum Gesekentwurf der Reichsregierung.

Von Willy Steinkopf.

Der Reichstag hatte auf Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Regierungsparteien den Beschluß gefaßt, die Durchführung der Personalabbauverordnung sofort und so lange auszusetzen, bis der angekündigte Gesekentwurf über eine Abänderung jener Verordnung vom Reichstag verabschiedet ist. Außerdem liegen Anträge von einem halben Duzend Parteien vor, die die sofortige Aufhebung der eigentlichen Abbaubestimmungen in der Verordnung verlangen. Auf all dies hat das Kabinett Marx dadurch geantwortet, daß es den Abbau bei bestimmten Behörden und in verschiedenen Bezirken rücksichtslos durch zu betreibt und nunmehr dem Reichstag einen Gesekentwurf vorgelegt hat, der zu schärfstem Widerspruch herausfordern muß.

Das wesentlichste der Vorlage ist, daß es nach wie vor beim Abbau bleibt. Nur soll er an gewisse Vorbedingungen geknüpft sein, die aber, wenn es der Regierung notwendig erscheint, stets gegeben sein werden. Ganz besonders dann, wenn es gilt, Republikaner oder sonstige mißliebige Beamte aus den Ämtern zu entfernen. Denn wer wollte daran zweifeln, daß es unseren reaktionären Interpretationskünstlern in den Ministerien nicht möglich wäre, zu jeder gewünschten Jahres- und Tageszeit festzustellen, daß der Beamtenkörper, gerade jener Verwaltung, in der der Entfernung die geringste Bedeutung; denn wie könnte sich das Reichskabinett im Zeichen der sparsamen Wirtschaftsführung einer Verfeinerung der Zahl der Beamten widersetzen, wenn der Ressortminister dies beantragt?

Auch daß der Beschluß dem Haushaltsauschluß des Reichstags mitzuteilen ist, hat nichts zu sagen, da dieser Ausschluß ja gar nicht in der Lage ist, an dem Beschluß des Kabinetts, hier und dort, wie's beliebt, weiter abzubauen, etwas zu ändern. Außerdem weiß man aus Erfahrung, was es mit diesen Mitteilungen auf sich hat. Wenn die Reichsregierung Ausnahmen von der Einstellungssperre für neue Beamte bewilligte, sollten auch solche Mitteilungen erfolgen. Gewiß, sie sind erfolgt; aber dies geschah vorzichtshalber erst nach einem Vierteljahr oder noch später, und inzwischen sind die hahnebüchsten Dinge passiert.

Im entscheidenden Punkte besagt also die Vorlage auf gut deutsch: „Beim Abbau bleibt alles beim Alten!“ Was noch drum und dran ist, hat nur geringere Bedeutung. Immerhin ist aber auch aus diesen Vorschlägen zu sehen, wie der Wind geht. So soll die 60-Jahr-Grenze möglichst gelockert werden, obgleich anerkannt ist, daß ihre Beibehaltung sowohl im Interesse des Reichs als auch der Beamten durchaus geboten ist. Auch wird vorgeschlagen, nicht mehr, wie es jetzt geschieht, das gesamte Privateinkommen (aus Arbeit und Kapital), sondern nur das Arbeitseinkommen, sofern es eine bestimmte Grenze überschreitet, zum Teil auf die Pension anzurechnen.

Eigenartig muß es berühren, daß große Beamtenverbände Hand in Hand mit den meisten bürgerlichen Parteien gegen die Pensionskürzungen Sturm laufen. Die breiten Massen der Beamten bis hoch hinauf in die Gruppe XII wird von den Kürzungen gar nicht berührt. Betroffen werden - und das soll so sein - nur die weniger zahlreichen Beamten in den höchsten Regionen und auch nur dann, wenn sie, wie gesagt, neben ihrer wahrlich nicht spärlichen Pension anderweitige Einnahmen haben. Will wirklich jemand behaupten, daß dies so ungerecht ist?

Ganz falsch aber ist es, diese Kürzung der Pensionen jener wahrlich nicht hungerleidenden mit der Frage der wohlverordneten Rechte zu verquicken. Dies hieße ein Prinzip zu Tode reiten, und aus Bernunft Unsinn machen. Es ist vielmehr geboten, bei der Diskussion jener Frage einmal gegenüberzustellen, was das Reich jenen bewußten Pensionären gibt, die da ein Lamento machen, als ob sie morgen Hungers sterben müßten, und jenen Opfern des Kriegs, die als Arbeitslose oder Kriegstruppel tatsächlich das bescheidenste Dasein führen, das denkbar ist. Eher sollte man die 5 Millionen Goldmark, die dem Reich durch die Pensionskürzungen erspart werden, jenen Vermissten noch besonders zuwenden, als sie den Pensionären der obersten Gehaltsklassen zu geben. Es muß denn auch anerkannt werden, daß der weit überwiegende Teil der politisch organisierten Beamten mit dieser Art der Pensionskürzung durchaus einverstanden ist. Deshalb ist es ein Fehler, wenn jetzt die Regierung das Privateinkommen von der Anrechnung vollständig freilassen will.

Im weiteren will man den abgebauten verheirateten Beamtinnen das erdiente Ruhegehalt anfast nur bei Erwerbsunfähigkeit auch dann gewähren, wenn und solange die



wirtschaftliche Versorgung" nicht gesichert erscheint. So begrüßenswert diese kleine Erleichterung ist, bleibt das große Unrecht und der große Widerspruch zur Weimarer Verfassung doch bestehen, daß eine Beamtin mit ihrer Verheiratung entlassen werden kann.

Für die Angestellten bringt der Entwurf lediglich die Erleichterung, daß Kündigungen nur für den Schluss eines Kalendermonats unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist zulässig sind und Dienstbeendungsverträge wieder abgeschlossen werden dürfen. Von einer Infraktion der gesetzlichen oder tariflichen Kündigungsfristen oder Wiederherstellung der Bestimmungen des § 84 Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes verläutet nichts.

Die Beamten der Länder und Gemeinden sollen an den „Segnungen“ des Gesetzes nur bedingt teilnehmen, denn die Länder werden nur „berechtigt“, nicht aber „verpflichtet“, die neuen Bestimmungen zu übernehmen. Eine Fürsorge, die wirklich rührend ist, die das Reich aber besser den Ländern selbst überläßt.

Schließlich beweist die Reichsregierung ihr gutes Herz für die Beamten noch dadurch, daß sie die Abbaubestimmungen, deren Ablauf zum 31. März 1927 vorgesehen war, „nur“ bis zum 31. Juli 1925 befristet will. Um aber für alle Eventualitäten gerüstet zu sein, wird gleichzeitig bestimmt, daß diese Frist je nach Bedarf durch ein Gesetz, das im Reichstag nur der einfachen Mehrheit bedarf, beliebig verlängert werden kann. So wäre dann, nach Meinung der Reichsregierung, dem Beschluß des Reichstags auf sofortige Einstellung des Abbaues gebührend Rechnung getragen.

Inzwischen hat nun der vom Haushaltsausschuß eingesetzte Unterausschuß getagt, um im Einverständnis mit dem Haushaltsausschuß, der Reichsregierung und dem Reichsrat diese Vorlage angesichts der Dringlichkeit der Frage vorzubereiten und ihre glatte Erledigung im Reichstag vorzubereiten. Die Verhandlungen waren vertraulich, deshalb kann über ihr Ergebnis nichts gesagt werden. Gesagt aber kann werden, daß sich der Reichsrat an die recht wichtigen Beschlüsse des Unterausschusses gar nicht gekehrt hat. Die Folge wird sein, daß es über diese Frage noch zu erheblichen Auseinandersetzungen kommen wird.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, den Beschlüssen nachzutun, die der Reichstagsausschuß zur Überwachung der Durchführung der Abbaubestimmungen bei der Beratung von Abbaubestimmungen gefaßt hat. Deshalb hat dieser Ausschuß schon vor Monaten von der Regierung die Vorlegung einer entsprechenden Ueberlicht verlangt, die aber bis heute noch nicht eingegangen ist. Dafür hat das Reichsverkehrsministerium in einem Spezialfall erklärt, daß es dem Votum des Ueberwachungsausschusses nicht nachkommen könne, weil sich noch ein anderer Ausschuß, nämlich der bei den einzelnen Ressorts von der Regierung eingesetzte und aus Erzbürokraten bestehende Einspruchsausschuß, mit demselben Fall befaßt hat und zu einem gegenteiligen Ergebnis, d. h. zur Ablehnung der Beschwerde, gekommen ist. Doch nicht genug damit, kündigt das Ministerium in provokatorischer Art dem Haushaltsausschuß an, daß es die ihm — wie im Ueberwachungsausschuß verabredet — zur Beantwortung überwiesenen Beschwerden — 82 Stück — zu bearbeiten nicht mehr in der Lage sei. Schließlich empfiehlt dies Ministerium dem Reichstag, die aus Angst und Not geborenen Petitionen der abgebauten Beamten an die Volksvertretung dem befragten Einspruchsausschuß, also dem Ministerium selbst, zur Erledigung zu überweisen, oder sie einfach unerledigt zu lassen und durch einen formellen Beschluß des Reichstags den abgebauten Beamten das Petitionsrecht zu verweigern.

Zur Ehre des demokratischen Reichsverkehrsministers Dieser soll festgestellt werden, daß dieses ungeheuerliche Schreiben nicht seine Unterschrift trägt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß hier eine Brüstung der Volksvertretung durch ein Ministerium der Republik vorliegt, wie

sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Es muß erwartet werden, daß der Verkehrsminister sich zu der Sache äußert. Daß gegen diese Art Verwaltungskunst auf das schärfste Front gemacht werden muß, ist selbstverständlich und wird geschehen. Ein Erfolg aber ist dem Vorgehen des RVR. sicher. Die Sozialdemokratie wird nach diesen Erfahrungen jene Vorlage auf Forderung der Abbaubestimmungen mit noch größerer Schärfe als bisher prüfen, weil sie, wie die Beweise zeigen, mit Recht vermutet, daß die Regierung die Waffe des Abbaues auch weiterhin ungeschmälert behalten will, um durch ihren Gebrauch Ziele zu erreichen, die sich heute vielleicht nur ahnen lassen.

Deshalb gibt es für die Vorlage der Regierung von den Sozialdemokraten nur einen Antrag, und der lautet nach wie vor: „Die Personal-Abbau-Berordnung wird aufgehoben!“

## Den Putschisten muß geholfen werden.

„Kronprinz“ Rupprecht hinter den Kulissen?

Auch die bürgerliche Presse weist zum Teil auf den rechtlich nicht haltbaren Unterschied zwischen dem Urteil im Leipziger Kommunistenprozess und dem Spruch des Münchener Volksgerichts im Hitler-Prozess hin. So heißt es im „Berliner Tageblatt“:

Und doch wird der Urteilspruch nicht nur in kommunistischen Kreisen, sondern in allen verfassungstreuen Kreisen auch ein bitteres Gefühl auslösen. Die Putschisten des Bürgerbräukellers, die den bewaffneten Umsturz nicht nur vorbereitet, sondern zur Ausführung gebracht, die von Reichswehrangehörigen nicht bloß Waffen gekauft, sondern fast die gesamte Infanterieschule, einen Teil der Reichswehr, zur aktiven Teilnahme am Hochverrat bestimmt haben, sind vom Münchener Volksgericht zu ganz milden Festungstrafen verurteilt worden, die ihnen in der Hauptsache wieder erlassen wurden.

Die durch nichts zu entschuldigende Milde der Münchener Richter hat seinerzeit sogar in sonst sehr weit rechtsstehenden Kreisen Bestürzung und Empörung hervorgerufen. Heute gibt es kaum noch einen Menschen, der nicht den Wahnsinn des Münchener Novemberputsches einsehe. Selbst im deutsch-völkischen Lager weiß man heute, daß jede Politik außerhalb des einst so verdammten Parlamentarismus auf dem Boden des Putschismus vollendeter Wahnsinn ist. Trotzdem finden sich in Bayern noch immer Leute, die an der Taktik des Putschismus festhalten, und es ist bezeichnend, daß der rechte Flügel der Bayerischen Volkspartei ihnen nicht fernsteht. Aufklärung darüber gibt ein Brief des Organisators der ehemaligen Einwohnerwehren, Obergeometer Kanzler, den er am 25. Juli an einen seiner Freunde richtete. In dem Schreiben, das unser Parteiorgan, die „Münchener Post“, veröffentlichte, wird u. a. gesagt:

„Heute habe ich mit Böhner eine längere Unterredung gehabt. Derselbe ist, nachdem der Landtag den Strafverzug gegen ihn freigegeben hat, seitens des Gerichts aufgefordert worden, innerhalb weniger Tage seine Festungstrafe anzutreten. Er beabsichtigt nun, sein Mandat niederzulegen, seine sechs Monate abzuhängen und dann außerhalb Bayerns, vielleicht sogar im Auslande, sich mit seinen 55 Jahren eine neue Existenz zu gründen, da er sonst mit seiner Familie Not leiden müßte. Von seiner verletzten Pension sowie den geringen Landtagsgehältern kann er kaum leben (!) geschweige denn die vielen Schulden (Gerichtskosten und Rechtsanwalts) abbezahlen, so daß er, wie er sagt, vor der Gefahr steht, daß ihm auch seine Möbel gepfändet werden. Böhner ist durch diese Entwicklung sehr erbittert darüber, daß die Bayerische Volkspartei zugestimmt hat, daß der Strafverzug gegen ihn erteilt wurde. Ich bedauere diesen Gang der Dinge außerordentlich. Einmal hat er sich in sehr kritischer Zeit ums Vaterland sehr verdient gemacht, außerdem ist er einer der wenigen Männer, die wie in kritischer Zeit, die ich kommen sehe, sehr verlässlich werden. Wir in Bayern müssen uns solche Leute mit allen Mitteln erhalten. Die Tendenz der Regierungspolitik müßte nicht Kampf gegen diese einmal in

die Irre gegangenen Elemente sein, sondern Veröhnung. Das wird und muß sich noch schwer rächen. Böhner bezeichnete mich gegenüber sich als den Mann, der mit die Brücke von uns zu den Ihren hinüber hätte schlagen können. Nunmehr, da es sich für ihn um das nackte Leben handelt, muß er die oben angedeuteten Konsequenzen ziehen und dürfte für uns verloren sein. Sollte eine Remedur in dieser Sache noch in allerletzter Minute möglich sein, so würde ich Dich bitten, Dich darum zu bemühen, Du würdest Dir dadurch ein außerordentliches Verdienst erwerben. Auf jeden Fall muß aber der Strafverzug hinausgeschoben oder ganz verhindert werden. Außerdem muß Böhner in irgendeiner Form (Syndikus u. dgl.) geholfen werden, sich eine neue Existenz zu gründen. Es wird Dich vielleicht interessieren, daß Graf Soden, der Rabinetschef des Kronprinzen Rupprecht, über Böhner genau so denkt wie Du und ich. Es ist mir sehr interessant, dies indirekt von ihm bestätigt zu bekommen.“

In dem Schreiben wird also mit nackten Worten gesagt, daß der Hochverräter Böhner vor seiner an und für sich lächerlichen Strafe bewahrt bleiben muß, um ihn für kommende kritische Zeiten bei der Stange zu halten. Man versteht den Sinn dieser Worte, wenn man aus dem Brief weiter erfährt, daß in den Kreisen des Briefschreibers darüber Klage geführt wird, daß der sogenannte Notbann, wie er jetzt unter Mithilfe des Eisner-Mörders Arco von General Epp aufgestellt wird, im Eventualfall gegen den inneren Feind verjagen werde und müsse.

Man sieht, gewisse Kreise in Bayern bereiten sich auf den nächsten Putsch vor und bemühen sich, die Novemberbräuputschisten, die mit ihrer ehrlich erpöhten Staatspension und den Landtagsdiäten nicht auskommen können, auf ihre Seite zu ziehen. Als Protektor des Ganzen erscheint, wie so oft, „Kronprinz“ Rupprecht im Hintergrund, und die Reichsregierung wird so lange schweigen, bis die Schiffe krachen.

## Deutschnationale Verfassungskunde.

Die Cäsarenlaunen der „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“ hält sich in ihrer gestrigen Abendausgabe darüber auf, daß die deutsche Delegation in London sich mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt und seine Meinung über die gegnerischen Vorschläge eingeholt habe und spricht im Zusammenhang damit von Ueberbreitung der Befugnisse und „Cäsaren-Launen“ des Reichspräsidenten. Die naive Unkenntnis der staats- und verfassungsrechtlichen Grundsätze in Deutschland bei der „Kreuzzeitung“ ist erstaunlich. Wenn der ahnungslose Schreiber des auch sonst sehr törichten Artikels in der Reichsversammlung nachgesehen hätte, hätte er in Artikel 45 die Sätze gefunden:

„Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reiches ... Verträge mit auswärtigen Mächten ... Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.“

Diese Rechtsätze sind fast wörtlich aus der alten Reichsverfassung übernommen, d. h. also: im wesentlichen sind die Rechte, die früher der Kaiser in bezug auf die auswärtige Politik hatte, auf den Reichspräsidenten übergegangen. Es war also ganz selbstverständlich, daß die Delegation, die ja ihre Rechte zum Verhandeln und zum etwaigen Abschluß von Abmachungen nur aus einer Vollmacht des Reichspräsidenten herleitete, sich durch Rückfragen über die Aufassung des Reichspräsidenten und darüber vergewissert, ob er gegebenenfalls einen solchen Vertrag unterzeichnen würde.

**Völkischer Anschlag in Bochum.** Im Garten eines Bochumer Hauses, in dem der französische General Grand wohnt, wurde eine Welschbüchse mit einer Dynamitpatrone mit Zündkopf und 80 Zentimeter Zündschnur gefunden. Die Schmirke war angezündet, aber glückselig ausgegangen. Die deutsche und französische Kriminalpolizei haben Spuren aufgefunden, die wohl zur Ermittlung der Täter führen werden.

## Der Dichter der Jobiade.

Zu Kortums 100. Todestag.

Das deutsche Schrifttum ist arm an Werken der komischen Muse. Die komischen Epen, die im 18. Jahrhundert blühten, haben ihre Schlagkraft verloren, und wir empfinden heute bei Zachariäs „Anommisten“ wie bei Thimmels „Wilhelmine“ oder Bismarcks „Einst zu beliebiger Venus-Parodie“ höchstens nur noch ein kulturgeschichtliches Interesse, fühlen einen etwas stäubigen Geruch von eigenem Reiz aufsteigen, der uns zu einem schwachen Lächeln zwingen kann. Nur eines dieser Werke ist frisch-lebendig und ewig jung geblieben: es sind die „Leben, Meinungen und Taten“ des Kandidaten Hieronymus Jobs, die uns in der derben Urmüdigkeit ihrer Erzählung zu heller Fröhlichkeit stimmen. Jetzt, da der Vater dieses gesunden Taugenichtes, Dr. Karl Arnold Kortum, allgemein gefeiert wird, da sein Todestag zum hundertsten Male wiederkehrt, gebeten wir gern des Lebenswandels und der Schicksale seines Sproßlings, des einzigen unter sehr vielen Geisteskindern, das sein Andenken noch lebendig erhält. Als der Kandidat das Licht der Welt erblickte und zuerst in der knappen Form des ersten Teils der Geschichte seine Wanderung antrat, da wurde er wenig beachtet und die Kritiker zuckten geringschätzend die Achseln über die tollen Mittelreime, die hier ihr Unwesen trieben. Die „Jobiade“ machte ihr Glück unter dem gewöhnlichen Volk, ähnlich wie der „Münchhausen“, wurde viel überlesen und auch später noch lie und da von gerühmten Feinschmeckern der Dichtung ausgekostet. Die Literaturgeschichte jedoch hat diese burleske Komik lange vernachlässigt oder zum mindesten nicht beachtet. Es war erst nötig, daß ein großer Nachfahre diese von Kortum angeschlagene Satze in vollen Akkorden weiterklingen ließ und in den Höhen des Humors zur vollen Entfaltung brachte. Es war Wilhelm Busch, in dem die niederländische Begabung des Bochumer Arztes eine fröhliche und reiche Aufzucht erlebte. Von Buschs Kunst aus haben wir zur Jobiade eine neue Stellung gewonnen und erst ihre ganze Bedeutung für unsere komische Literatur erkannt. Der Meister selbst hat dem Vorgänger in den „Bildern zur Jobiade“ gedankt, die mit virtuoser Leichtigkeit dieselben Motive umschreiben. In dem Bildmengenbuch grüßt er herzlich den Ahnen: „Hier sitz ich auf dem Weizenfeld / Und schaue froh verwundert, / Wie du auf deinem Köhlein sein / Hertrabst durch das Jahrhundert.“ Dankbar empfängt er die Bogen poetischen Geldes, die ihm Kortum in seiner „alten Dedel“ wirft: „Es sitzt so stramm der Reiter, / Wie lustig wackelt ihm der Popf! / Zad, zad, so geht es weiter.“

Durch Busch und durch die vielen Verehrer seiner Kunst, die in Kortums Dichtung ähnliche Züge erwiderten, ist die Jobiade zu einem klassischen Werk geworden, das viele Neuauflagen erlebte. Auch andere Dichter huldigten ihm nun, so Otto Justus Bierbaum in der schönen Ausgabe des „Insel-Verlages“, die ferdien in vierter Auflage erscheint. Kortums Dichtung gehört in die große Reihe von

Schöpfungen, in denen sich im „Jahrbuch der Bernunft“ die rationalistischen Geister gegen die Ueberchwänglichkeiten der Empfindsamkeitsperiode wendeten. Neben den großen englischen Vorbildern ist hier Dichtenberg der Meister, dessen scharfer Witz auch aus den „Pfefferkuchen-Bersen“ der Jobiade bringt. Kortum nahm den Ton des Bänkelesangs, der in der burlesken Ballade aufsteht, und verband ihn mit dem Inhalt des komischen Romans zu einer originalen niederdeutsch-berben Form, die ganz sein Eigentum ist. Die glückliche Parodie der „Moritaten“, die geschickte Verwendung des grotesken Reims, die Busch von ihm gelernt, die scharfe Beobachtung der Wirklichkeit und die Fülle der satirischen Züge, die pantastisch-übermäßige Erfindung, die ebenso bei Busch auftaucht — all das trug dazu bei, ein Werk aus einem Guß entstehen zu lassen. Die groben und unfertigen Bilder, die Kortum hinzufügte, passen in ihrer drastischen Perfektion gut dazu, wieweil sie nichts mit jener Kunst der Zeichnung zu tun haben, in der Buschs eigentliche Größe liegt. So wird denn Freund Jobs im Jottelstrab weiter, erfreut und erheitert, durch unsere trübe Welt ziehen, so wie es Bierbaum in seiner köstlichen Vorrede zu seiner Ausgabe prophezeit:

„Weil ihm nicht weniger als Hans Sachs  
Ein eigener Schnabel zum Singen gemachsen,  
Weil er nicht lang, wie jedermann sang:  
Das brachte sein Lied so rasch in Schwung.“

Ich behaupte getroffen: Der Jobst ist klassisch,  
Sei er bloß hochdeutsch oder parnassisch.  
Was sich unmariniert so lange frisch erhält,  
Sei, ob es auch kein, neben Großes gestellt!“

## Dauer der Träume.

Zu den in Nr. 367 des „Vorwärts“ veröffentlichten Beobachtungen über erstaunlich schnelle Abwilderung der Traumvorgänge stewart uns Gen. Adolf Thiele folgendes eigenes Erlebnis bei: Ich war noch Lehrling an einer Landwirtschaftsschule. Die Osterprüfungen standen bevor. Am Vormittag hatte sich Dr. F., der Kollege für Naturwissenschaften, unwohl gefühlt und war nach Hause gegangen. Nach dem Mittagessen legte ich mich ein wenig aufs Ohr. Die Zimmeruhr schlug eine Stunde nach, mittags 1 Uhr schlug sie also 12. Es war 41, als ich mich hinlegte und schnell einschiel. Das Zuschlagen eines Fensterlängels weckte mich auf. Eben schlug die Wanduhr zwölf. Ich hörte deutlich drei oder vier Schläge, dann war ich wieder eingeschlafen und träumte nun: Es war Prüfungszeit. Der Direktor unserer Anstalt kam erregt zu mir und ersuchte mich, an Stelle des erkrankten Dr. F. die Prüfung in Physik vorzunehmen. Der Regierungsdirektor wünschte eine Examinierung über die elektrischen Bauwerke. Ich lehnte das Verlangen ab, da ich weder die Materie ausreichend beherrschte, noch eine Ahnung habe, wie Dr. F. die Frage behandeln habe. Es kam zu einer langen Auseinandersetzung. Schließlich erklärte ich meine Bereitwilligkeit, lehnte aber jede Verantwortung ab. Da die zu prüfende Klasse bereits ver-

sammelt war, suchte ich rasch einige andere Schüler zusammen, ging mit ihnen ins Zimmer für physikalische Apparate, suchte die erforderlichen Instrumente heraus, lud sie den Schülern auf, schärfte ihnen Vorsicht beim Transport ein und stieg schließlich die Treppe zum Prüfungslokal hinauf. Hier ließ ich die Apparate auf einen Tisch legen. Dabei entfiel einem der Schüler eine Bekuhr, deren Schadenradas Gerassel das ganze Haus durchdrönte. Ich wachte auf, der Spuk war weg. Gemächlich ließ die Wanduhr noch vier Schläge hören. Der ganze Traum, dessen Vorgänge mindestens zwanzig Minuten in Anspruch genommen haben würden, wenn sie Wirklichkeit gewesen wären, hatte sich im Zeitraum von höchstens vier bis fünf Uhrschlägen abgepielt. Auch diese ohnehin kurze Dauer trifft nur für den Fall zu, daß ich beim ersten Aufwachen den ersten der zwölf Uhrschläge gehört hätte. War ich dagegen erst beim zweiten oder dritten Schläge aufgewacht, so hat der ganze Traum gar nur etwa drei Uhrschläge lang gedauert; das würden unangenehm zwei Sekunden sein. — Wie schnell unser Gehirn ganze Vorstellungswelten zu erzeugen oder zu reproduzieren vermag, auch im wachen Zustand, kann man übrigens häufig beobachten, wenn man erregt ist. Im Bruchteil einer Sekunde laufen dann nicht selten ganze lange Verteidigungs- oder Angriffsbreden durch unseren Kopf.

**Der Rettungsgürtel der Luft.** Wer das Unglück hat, von einer hohen Bergspitze oder einem mehrstöckigen Gebäude herunterzufallen, der dünkt uns dem sicheren Tode verfallen. Aber die Flieger, bei denen das Herunterfallen aus riesigen Höhen fast zum Beruf gehört, haben uns bewiesen, daß der Mensch mit großer Geschwindigkeit durch die Luft in die Tiefe stürzen und doch sicher auf dem Erdboden landen kann. Die Möglichkeit, auch beim Sturz die Kontrolle über seinen Körper zu behalten, verleiht der Fallschirm, den man mit Recht den „Rettungsgürtel des Fliegers“ genannt hat, denn er wird für ihn immer unentbehrlicher. Wie vorzüglich sich diese „Rettungsgürtel der Luft“ bewähren, zeigen einige Fälle der jüngsten Zeit, von denen der Flugberichterlater eines Verdener Battes erzählt. Bei einem Versuch verzögerte ein erfahrener Fallschirmbenutzer absichtlich die Öffnung des Apparates, nachdem er aus einem sehr hoch fliegendem Flugzeug abgesprungen war. Und er stürzte 5 bis 6 Sekunden ohne jede Schutzmaßregel in die Tiefe. Dann erst löste er die Öffnungsvorrichtung behutsam aus und landete vollkommen unverletzt auf dem Boden. Die kühnsten und aufregendsten Experimente werden mit dem Fallschirm angestellt, der außerordentlich vervollkommen ist. Um einen neuen Apparat auszuprobieren, ließ sich ein Flieger aus großer Höhe wie einen Stein durch die Luft herunterfallen, bevor er den Apparat benutzte, und er erklärte nachher, bei dem rasend schnellen Sturz sei die Reibung in der Luft so stark gewesen, daß er das Gefühl hatte, als wenn sein Gesicht brenne. Ein anderer aufregender Vorfall ereignete sich, als ein Reising, der das Herabspringen aus dem in voller Fahrt befindlichen Flugzeug mit dem Fallschirm lernen sollte, sich mit dem Apparat in die Maschine verwickelte. Der Fallschirm zerriß, während der Anfänger weiterstürzte, aber dennoch er schneller fiel, als eigentlich sein sollte, gelang es ihm doch auch noch, mit dem geschädigten Fallschirm wohlbehalten auf der Erde anzulanden. Was ein guter Fallschirm für den Flieger bedeutet, das zeigte sich kürzlich, als eine Maschine,



## Ein wertvolles Geständnis.

### Das Proletariat und die Wiederherstellung Europas.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß die russische Politik unter dem Zwang furchtbarer Verhältnisse einen neuen Umbruch vorbereitet. Der Sieg der Linken, sowohl für die inner-russischen Verhältnisse wie für die Politik der kommunistischen Internationale wird langsam durch die Rückkehr zu gemäßigterem Verhalten abgelöst. Der deutliche Beweis dieser Schwendung ist der Versuch einer Annäherung der russischen Gewerkschaften an die Amsterdamer Internationale. Der tiefere Grund liegt in dem Kreditbedürfnis Sowjetrußlands. In kommunistischer Phrasologie müßte man dafür sagen: „Die Sowjetregierung erleichtert dem siegreichen Weltkapital den Vormarsch nach Sowjetrußland“. Zwischen allen Phrasen, mit denen in Deutschland die kleineren Geister der deutschen kommunistischen Partei die Arbeiterklasse beglücken, klingt gelegentlich aus der russischen Presse bereits eine ganz andere Sprache. So widmet Karl Kadek in der „Pravda“ dem Abschluß des englisch-russischen Vertrages einen Artikel, in dem wörtlich folgende Reperelen stehen:

„Wenn trotz aller Schwierigkeiten die Regierung Macdonalds sich genötigt sah, die rückwärtsgehenden Forderungen der englischen Kapitalisten zurückzunehmen und den Weg für den Abschluß einer Reihe äußerst wichtiger Verträge freizumachen, die zweifellos die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen Englands mit Sowjetrußland begünstigen werden, so ist das ein Beweis dafür, wie Karl der Druck der englischen Arbeiterklasse ist. Das Proletariat erlaubt der Regierung Macdonalds nicht, einfach nur die Fortsetzung der Politik Lloyd Georges und Baldwin zu betreiben. Die englische Arbeiterklasse personifiziert gemeinsam mit Sowjetrußland das internationale Proletariat an der Wiederherstellung des in Trümmern liegenden Europas. Für die englische Arbeiterklasse und für Sowjetrußland ist — die Logik der Geschichte. Deshalb werden sie siegen.“

Man traut seinen Augen nicht. Also: in der englischen Arbeiterregierung kommt der „Druck der englischen Arbeiterklasse“ zum Ausdruck? Wir glaubten bisher immer, daß die englische Arbeiterregierung die schmutzigste Verräterin an den Interessen des englischen Proletariats sei, daß sie eine „rein bürgerliche“ Politik betreibt. Man erkläre uns diesen Widerspruch. Vielleicht wird es dem Talmudisten Thalheimer gelingen, unsere Geisteskräfte sind dafür zu schwach. Und weiter: die englische Arbeiterklasse soll gemeinsam mit Sowjetrußland das „Interesse des internationalen Proletariats an der Wiederherstellung Europas“ verkörpern? Wir hörten doch erst vor kurzem noch, daß Macdonald nur im Auftrage der englischen und amerikanischen Bourgeoisie handelt, die mit den gemeinen Mitteln des pazifistischen Vertrages Europa deswegen wiederherstellen will, um die ganze internationale Arbeiterklasse zu versklaven. Die Londoner Arbeit soll doch nach kommunistischer Auffassung nur der Herstellung eines Sklavenvertrages dienen, den jeder Klassenbewußte Arbeiter mit revolutionärer Entschlossenheit abzulehnen hat. Reht sollen wir auf einmal an dieser Verflorung interessiert sein?

Vielleicht ist der Widerspruch zwischen den Phrasen der kommunistischen Agitation in Deutschland und der realen Politik der Sowjetregierung doch verständlich, wenn man etwas marxistische Analyse treibt. Allen Phrasen zum Trotz ist nämlich auch die Sowjetregierung gezwungen, in Konsequenz ihrer Rep.-Politik das auswärtige Kapital zu Hilfe zu rufen. Auch Sowjetrußland und die russische Arbeiterklasse muß froh sein und ist froh, wenn es gelingt, Europa dem Frieden und neuer Arbeit zuzuführen. Auch in Moskau ist man gezwungen, schließlich die Arbeit der Männer zu unterstützen, die „im Interesse des Pro-

die in einer stockdunklen Nacht hoch über einer Großstadt flieg, verlogte. Dem Flieger gelang es noch, das Flugzeug soweit zu steuern, daß es über freies Land kam, und dort vollbrachte er mit seinem Fallharn einen sicheren Abstieg auf das dunkle Gelände, während die Maschine in einiger Entfernung niederstürzte und in Flammen aufging.

Der Büffel ist gerettet. Nachdem sich bei uns eine Gesellschaft zur Erhaltung des Büffels gebildet hat, wird es interessieren, daß der amerikanische Beter dieses Großwunders, der Büffel, als gerettet betrachtet werden kann. Rückwärtsloses Absteigen durch Sportjäger und Behälter hatte diesen Vorweltriesen Amerikas dem obigen Aussterben nahegebracht. In dessen die seit einiger Zeit geübte Schonung hat Erfolg gehabt. Eine im vorigen Jahre in der Union vorgenommene Zählung und Schätzung des Wildbestandes gibt die Zahl der Büffel auf 140 000 an, so daß der Büffel trotz allem noch an zweiter Stelle steht; nur das Rotwild, dessen Zahl auf 440 000 geschätzt wird, ist zahlreicher. Die Rettung des Büffels vor Vernichtung scheidet also aus den Aufgaben des amerikanischen Wildmanns aus. Amerika verfügt ja auch nirgends über so große Flächen unfruchtbarer Landes, daß man noch große Sporthägen abholten könnte. Außerdem hat sich gezeigt, daß der Büffel auch in der Gefangenschaft sich leicht fortpflanzt.

Ein Internationaler Studentenkongress findet im September in Genf statt. Seine Sitzungen sollen mit denen des Völkerbundes zusammen stattfinden, von dem auch die ganze Veranstaltung ausgeht. Es werden ungefähr 200 bis 300 Studenten aus der ganzen Welt erscheinen, darunter auch Vertreter der deutschen Studenten. Die hervorragendsten Vertreter des Völkerbundes werden Kurse und Vorträge abhalten. So wird Genosse Thomas über das Internationale Arbeitsamt sprechen, Lord Cecil über die Kolonialpolitik des Völkerbundes. Außer diesen werden Staatsmänner der verschiedenen Länder sprechen. Unter anderen Problemen werden besonders „Die Monroe Doktrin und der Völkerbund“, „Deutschland und der Völkerbund“, „Die Vereinigten Staaten und der Völkerbund“ von großer Bedeutung sein. Für die beiden letzten Themen sind als Vortragende Staatssekretär W. H. Macdonald (Amerika) und Professor Hochstetler sowie Genosse Breitheid (Deutschland) gewonnen. Die Veranstaltung dauert vom 28. August bis Ende September. — Auskunft erteilt Mr. Robert Lange, Sekretär der Federation Universitaire Internationale (Paris, 88 rue de Baronne).

Die Kunstausstellung „Der Sturm“ eröffnet am 15. August eine Gesamtschau. Die Ausstellung ist täglich von 10—6, Sonntags von 11—2 geöffnet. Eine Großschiffbauhalle in Hamburg. Die Großschiffbauhalle der Deutschen in Hamburg, die jetzt abgebaut ist, ist eine großartige Anlage, über die in der „Botschaft“ nähere Mitteilungen gemacht werden. Der Mittelbau hat eine Breite von 8 Meter und ist zweigeschossig, für Magazine, Lager, Wassertürme usw. einrichtet. Hier finden sich auch zwei Hallen von 24 Meter Breite und 164 Meter Länge, die mit Rüststrahlen von 5—15 Tonnen Tragkraft ausgerüstet sind. Das neue sächsische Ehegesetz. Wieder das Abgelei, das der Nationalversammlung vorgelegt werden soll, wird folgendes gemeldet: Die Altersgrenze beträgt für Männer 18 Jahre und für Frauen 17 Jahre. Ausnahmen werden zugelassen, falls die körperliche Konstitution der Ehepartner das erlaubt. Die Zustimmung der Eltern oder des Vormundes ist für die Eheschließung des Ehepartners. Verboten sind die Eheschließungen unter Blutsverwandten und mit Geschwistern.

setariats an der Wiederherstellung des in Trümmern liegenden Europas arbeiten“. Es wird auch der Tag kommen, wo man in Moskau diese Arbeit anerkennt. Die Phrasen der Scholem-Jüngerlinge in Deutschland werden sich dann von selbst erledigen.

## Kommunistische Spitzelei.

### Sie anerkennen die Ueberlegenheit der Sozialdemokratie.

Die Zentrale der KPD. versichert gegenwärtig einen Fragebogen an ihre Organisationen, der die größte Beachtung verdient. In der Einleitung des achtzehn Fragen umfassenden Bogens wird gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei trotz des Rückganges der letzten Jahre zahlenmäßig noch weit über der kommunistischen Bewegung steht. Interessant ist ferner das Eingeständnis, daß alles, was die kommunistischen Zeitungen und Redner bis jetzt über die Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung in die Welt setzten, zu einem großen Schaden der Kommunisten ausgeschlagen ist. Neben der zahlenmäßigen Stärke unserer Bewegung wird schließlich die geistige Ueberlegenheit anerkannt. Man gibt also gewissermaßen zu, daß die „Sozialdemokratische Partei“ derjenige Faktor im politischen Leben ist, der trotz aller Verleumdungen und Beschimpfungen immer noch das Vertrauen der weitesten Kreise der Arbeiterklasse besitzt. Aber ungeachtet der kommunistischen Selbstkritik, die zugibt, daß die Zerstückelungsbestrebungen bisher erfolglos waren, soll weiterhin versucht werden, das Vertrauen der Massen zur SPD. zu untergraben. Zunächst sollen die kommunistischen Organisationen deshalb folgenden Fragebogen beantworten, der zur Grundlage einer neuen List gegen die SPD. dienen soll:

1. In welchem Orte besteht eine Ortsgruppe der SPD?
2. Wie hoch ist ihre Mitgliederstärke? (An der Beantwortung unterscheiden, ob genau oder geschätzt.)
3. Welche Zeitung hat die SPD. in Eurem Bereich?
4. Wie hoch ist die Abonnentenzahl der Zeitung?
5. Vertritt die Zeitung die Mehrheit der SPD. oder die Opposition?
6. Wo besteht Opposition? Richtung Dittmann, Aufhäuser, Tomi Sender?
7. Wer sind die Wortführer der Opposition?
8. Wie stark ist die Anhängerzahl?
9. Geht die Opposition geschlossen vor?
10. Wo hat die Opposition die Mehrheit?
11. Wie denkt die Mitgliedschaft über den zuletzt abgehaltenen Parteitag und seine Beschlüsse?
12. Wie stellt sie sich zum Verhalten der Opposition auf dem Parteitag?
13. Wie stellt sie sich zur Forderung des Austritts aus der KPD?
14. Was sagt man über das neue Organisationsstatut, wonach Neuaufnahme erst ein Probejahr bestehen müssen?
15. Wie sind die Ansichten über die Möglichkeit eines sofortigen Ausschlusses aus der Partei?
16. Wie stark ist die Arbeiterjugend? (Das Stärkenverhältnis der KPD. ist anzugeben.)
17. Wie stellt sich die Mitgliedschaft zur KPD.?
18. Wo bestehen Reizungen, mit der KPD. zusammenzugeben? Welche Kritik wird an der KPD. geübt?
19. Wo besteht eine Ortsgruppe des Reichsbanner Schwarzer Rot-Grün? Welche Stärke? Wer ist Führer? Wer ist beteiligt, SPD., Demokraten, Zentrum? In welchem Verhältnis beteiligt?
20. Wo hat die SPD. Beziehungen zu Behörden, Regierungspräsidenten, Polizei usw.?

In einem Anhang des Fragebogens werden dann Fingerzeige für die Beantwortung gegeben. Es wird auf möglichst genaue Beantwortung Wert gelegt und darauf hingewiesen, daß dort, wo Verbindungen zur SPD. bestehen, diese benutzt werden müssen, um ganz genaue Angaben zu erhalten. Die Versammlungen der SPD. sollen fleißig besucht werden. Freunde und Bekannte, die in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind, sollen unauffällig ausgefragt werden, im Betrieb, im Wirtschafts-, in Versammlungen, im Betriebsrat und in der Familie.

Parteiorganen, seid auf der Hut, verrätet nicht durch Gespräche mit den Kommunisten eure eigene Partei, gebt den kommunistischen Spitzeln, wenn sie an Euch herantreten, eine Antwort, daß sie ein zweites Mal nicht mehr zu Euch zu kommen mögen!

## Rote Frontkämpfer.

### Geld Scholem als Generalführer.

Halle, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „roten Hundertschaften“ der KPD. haben in Mitteldeutschland als „rote Frontkämpfer“ ein fröhliches Aufstehen gefeiert, mit deren Gründung und Aufmachung man so plump vorging, daß es der weiteren Unvorsichtigkeit der KPD. nicht bedurft hätte, um deren Identität mit dem früher verbotenen, jetzt aber gebrauchsfähig aufgeführten Geheiß erkennen zu lassen. Es sieht einwandfrei fest, daß der hiesigen Scholem mit seiner Freundin Ruth Fischer die alte halle'sche Bezirksleitung der KPD. hauptsächlich deswegen abgesetzt haben, weil diese die militärische Durchorganisation Mitteldeutschlands in strafwürdiger Weise vernachlässigt haben. Die Zentrale hat daher zur Vermeidung solcher „Fehler“ einen ihr zuverlässig ergebenden Vertrauensmann namens Rosenbaum durch Dekret über den Bezirk Halle-Merseburg zur ordnungsmäßigen militärischen Um- und Reformierung entsandt. Als Ergebnis seiner „Arbeit“ meldet das halle'sche Volkswortorgan die Zahl von angeblich mehr als 1000 roten Frontkämpfern. Diese Zahl trifft jedoch trotz äußerster Terrors bei der Rekrutierung nicht zu, denn bei einer stolz als „Rassenmeeting“ für Halle-Merseburg-Weißensfeld der roten Frontkämpfer bezeichneten Tagung kamen nur 213 Männer zusammen, und das einschließlich der kommunistischen Jugend. Die KPD. scheidet daher selbst vor Zwangsrekrutierungen nicht zurück. Die halle'sche Zentrale hat die Aufstellung besonderer Rottkommandos angeordnet, die mit Namensverzeichnis ehemaliger Kommunisten, die jetzt beim Reichsbanner organisiert sind, sowie den Namen sonstiger ausgekreiterer Parteimitglieder versehen sind, um diese durch Ueberredung oder selbst durch Drohungen mit Gewaltmaßnahmen zum Beitritt in ihre Hundertschaften zu pressen, mindestens jedoch zum Austritt aus dem Reichsbanner zu zwingen. Diese Maßnahmen hat zu weiteren Austritten aus der KPD. geführt, zumal bereits einer der Hauptredner und Vertrauensmann der roten Hundertschaften, ein als moralisch minderwertig bekannter und von seinen eigenen kommunistischen Parteifreunden als arbeitscheu bezeichnete Mensch, der bereits einmal wegen an Organisationsgeldern begangener Unterschlagung ausgeschlossen war, aber später wegen der Zentrale geleisteter guter Dienste in Gnaden aufgenommen wurde, in Halle verhaftet worden ist. Die Hausdurchsuchung ergab bei ihm das Vorhandensein von Munition und Maschinengewehrschloßern der roten Hundertschaft. Die weiteren Ermittlungen schweben noch.

## Die Durchführung der Schußhaft.

Staatsminister Severing hat an die Oberpräsidenten über die Handhabung der Schußhaft eine längere Verfügung herausgegeben, der nachfolgendes zu entnehmen ist: Die dem Verhafteten zustehende Beschwerde ist von dem Zeitpunkt ab zulässig, in dem der Haftbefehl erlassen wird. Fällt der Beginn der Vollstreckung nicht mit dem Erlass des Haftbefehls zusammen, so besteht ein berechtigtes Interesse des Betroffenen, den Rechtsmittelweg sofort zu beschreiten, um im Falle einer rasch folgenden, ihm günstigen Entscheidung der Beschwerdeinstanz von der Schußhaft selbst verschont zu bleiben. Auch während einer

Unterbrechung der Schußhaft kann die Beschwerde erhoben werden.

Die in der genannten Verordnung als Höchstdauer der Haft bestimmte Frist von drei Monaten beginnt erst mit dem Tage der eigentlichen Verhaftung. Es ist möglich und zulässig, daß gegen die gleiche Person gleichzeitig Schußhaft und Untersuchungshaft angeordnet wird, und zwar kann sowohl bei bereits bestehender Untersuchungshaft Schußhaft angeordnet werden. Hierbei ist zu entscheiden, welche Haftart in der Vollstreckung den Vorrang hat. Im Hinblick auf die besonderen Voraussetzungen und Zwecke der Untersuchungshaft muß diese den Vorrang haben. Während ihrer Vollstreckung ruht die Vollstreckung der Schußhaft; die Schußhaftfrist läuft während dieser Zeit nicht; Beschwerde gegen der Schußhaftbefehl kann jedoch eingelegt werden.

Der Erlass mehrerer Schußhaftbefehle gegen dieselbe Person ist möglich. Gegen jeden einzelnen Haftbefehl ist Beschwerde zulässig. Die Befehle dürfen jedoch nicht dazu führen, daß der Gefangene länger als drei Monate in Schußhaft sitzt, ohne daß auf Grund erneuter Sachprüfung und erneuten Haftbefehls die Fortdauer der Haft angeordnet und ohne daß eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik hierüber herbeigeführt wird.

## Mit verteilten Rollen.

### Reichslandbund, Deutschnationale und Dawesplan.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes veröffentlicht eine Entschliessung, die sich in befristeter Form noch einmal für die Ablehnung des Dawes-Entschlusses ausspricht. Die Entschliessung lautet u. a.:

Der Reichslandbund erklärt nochmals ausdrücklich, daß er in dem Sachverständigen-Gutachten nur ein Instrument erblickt kann, das der internationalen Finanz die Möglichkeit geben soll, das deutsche Volk seines wirtschaftlichen Eigentums in Deutschland selbst zu berauben. Die Verflechtung des militärisch entmännerten Deutschlands soll durch Befestigung der noch vorhandenen wirtschaftlichen Selbstständigkeit vervollständigt werden.

Der Kampf um das Eigen gegen die Tyrannei des internationalen Finanzkapitals ist der Kampf des deutschen Volkes um die letzten Reste seiner Freiheit, als Nation und Staat. Der Reichslandbund hält es für seine vaterländische Pflicht, alle moralischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland hierzu aufzurufen.

Das sind Phrasen, denen um so weniger Bedeutung beigemessen ist, als der Landbund lediglich eine wirtschaftliche Organisation ohne politische Initiative ist. Die politische Vertretung des Landbundes liegt bei der Deutschnationalen Partei. Der „Generalsekretär“ der Deutschnationalen, Herr v. Lindelner-Wildau, hat aber gestern noch in der „Kreuz-Zeitung“ erklärt, daß die Deutschnationalen bereit sind, die „Tyrannei des internationalen Finanzkapitals“ gegen das Vorkommen der landwirtschaftlichen Schutzzölle über sich ergehen zu lassen. Der Reichslandbund müßte also die „moralischen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland“ wo anders suchen als bei seinen Freunden, wenn es ihm mit seiner Resolution überhaupt ernst gemeint wäre.

## Jaurès im Pantheon.

Paris, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Kabinettsrat hat am Donnerstag den Minister für Kunst und Wissenschaft beauftragt, die feierliche Ueberführung der sterblichen Reste Jean Jaurès ins Pantheon für einen mit dem Ende der Schul- und Parlamentarierferien zusammenfallenden Zeitpunkt vorzubereiten. Die Ueberführung dürfte demnach Ende Oktober stattfinden.

## Matteottis Anzug gefunden.

### Von zahllosen Dolchstichen durchbohrt.

Rom, 14. August. (WIB.) Nach einer Meldung der „Tribuna“ wurde in der Nähe von Rom in einem Versteck ein Herrenanzug gefunden, den Frau Matteotti als den Anzug ihres Mannes wiedererkannte. Der Anzug ist von zahllosen Dolchstichen durchbohrt.

Rom, 14. August. (WIB.) Der mutmaßliche Anzug Matteottis ist ungefähr zwanzig Kilometer von Rom entfernt in der Nähe des Tibers bei Scrofolano gefunden worden. Die dortige Gegend ist mit dichtem Gebüsch bewachsen und weist zahlreiche Höhlen auf. Die Nachforschungen sind mit dem größten Nachdruck wieder aufgenommen worden. Der Anzug wurde dem Untersuchungsrichter übergeben.

## Mörderheim Horthy-Ungarn.

Budapest, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Blatt „Giti Kurir“ berichtet, daß ihm der Aufenthalt der Erzberger-Mörder Schulz und Tilleßen auf dem Gut des Führers der „Erwachenden Ungarn“, Abg. Gombás, unweit von Budapest, gemeldet worden sei. Ein Redakteur des Blattes stellte an Ort und Stelle Nachforschungen an und konnte feststellen, daß die beiden Mörder sich wirklich dort aufhielten. Sie rochen aber Rente und besaßen ihre Festnahme versucht werden konnte, verschwand sie. Schon im Herbst 1921 hatte ein deutscher Kriminalbeamter die beiden Hakenkreuzhelden in Budapest auf der Straße erkannt; ehe der deutsche Beamte sie durch ungarische Polizisten verhaften lassen konnte, waren sie auf und davon. Der Oberstadthauptmann (Polizeipräsident) von Budapest hat damals den beiden Mördern eine Aufenthaltserlaubnis bewilligt.

## Der Aufstand im Sudan.

### Britischer Alarm.

London, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Verschwörung gegen die englische Herrschaft in Ägypten ist gleichzeitig auf den Sturz der gegenwärtigen ägyptischen Regierung gerichtet. Die man für lau und kompromittierlich hält. Die Anhänger der Extremisten ist viel größer, als man bisher geglaubt hat. Sie haben gegenwärtig die unbestrittene Führung der ägyptischen Freiheitsbewegung. Ihre Einflusskreise liegen in der Armee und Polizei und haben maßgebenden Einfluß im Sudan, wo die Erinnerungen an den langjährigen Aufstand des Mahdi gegen England wieder lebendig geworden sind. Die ägyptische Krise hat sich wesentlich verschärft.

Die britische Regierung hat Befehl erteilt, eine Zusatzreserve von 23 000 Offizieren und Soldaten aufzustellen, um alle Truppengattungen auf volle Mobilisationsstärke bringen zu können. Der Generalgouverneur und der britische Oberbefehlshaber im Sudan haben erklärt, daß die Unruhen im Sudan sehr ernst genommen werden müßten.



# Gewerkschaftsbewegung

## Das Uebergewicht.

«Hier wiederholt gekennzeichnete Schrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Achtstundentag, für das Zweischichtensystem, enthält einen besonderen 20 Seiten umfassenden Abschnitt über die „Haltung und Fehler der Gewerkschaften“. Die Herren Verfasser erklären, sich zuerst gegen die agitatorische Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften wenden zu müssen. Die Arbeitszeitfrage sei für die Arbeitgeber keine politische, sondern eine rein wirtschaftliche Frage. Offenbar übersehen die Herren dabei, daß die Gewerkschaften die wirtschaftliche Interessensvertretung der Arbeiterschaft bilden und daß nebenbei auch die Sozialdemokratie sich seit ihrem Bestehen für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse in Wort und Schrift, im Parlament und der Presse eingesetzt hat; daß ein gewisser Karl Marx bereits vor einigen Jahrzehnten die Arbeitszeitfrage wissenschaftlich untersucht und beleuchtet hat und im Grunde genommen damals schon, vor einem Menschenalter, die Argumente der Unternehmer gefannt und sie gründlich zerpfückt hat.

Die Verfasser fordern, auch von „denjenigen Teilen des deutschen Volkes, die sachlich anderer Meinung glauben sein zu müssen (1), die Erörterungen ohne Agitation und Verbeugung und mit sachlichem Ernst zu führen, der bei dieser Schicksalsfrage angebracht ist“, haben jedoch selber versäumt, in ihrer Denkschrift der Forderung der Sachlichkeit gerecht zu werden. Die Rollen müssen schon gleichmäßig verteilt sein. Wenn die Herrschaften für sich selber das Recht in Anspruch nehmen, den sachlichen Ernst beiseite zu lassen, um in unglaublicher Weise die Stellung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu verächtigen, weil sie den vom Unternehmertum so sehr angefaßten und vergewaltigten Achtstundentag verteidigen, müssen sie sich wohl oder übel gefallen lassen, daß wir ihre Argumentation ins rechte Licht rücken, um zu zeigen, was dahinter steckt.

Sie haben „weiter die dogmatische und schematische Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Gewerkschaften zu beanstanden“. Sie, die den Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit, um die Befestigung des Achtstundentages eingeleitet und der Arbeitnehmerschaft aufgezwungen haben, sagen:

„Es ist kaum zu verstehen, daß hier die im Zusammenbruch des zweiten Halbjahrs entstandene Einsicht über den Zusammenhang der Reparations- und Arbeitszeitfrage wieder verlorengegangen und der Kampf um den schematischen Achtstundentag erneut in den Vordergrund der Gewerkschaftspolitik getrieben ist.“

„Das deutsche Volk war (in der Vorkriegszeit) noch nicht durch Tarifvertrag und reine Organisationspolitik zum Schematismus in der Betrachtung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse erzogen. Dieser Schematismus ist eine der folgenschwersten Begleitererscheinungen unserer Sozialpolitik der letzten Jahre... Wie in der Sozialpolitik, so muß auch in der Frage der Arbeitszeit vor allem wieder die Einsicht gewonnen werden, daß nicht für alle deutschen Bürger und Arbeiter dieselben Existenz- und Arbeitsbedingungen bestehen können, daß es ein Verbrechen und eine Utopie ist, zu glauben, es könnte in einem sozialistischen oder kommunistischen Staate ohne Schaden für Staat, Volk und Wirtschaft der Unterschied zwischen Reich und Reich, zwischen Leistung und Leistung verwischt und allen daselbe heuchelische Leben gegeben werden.“

Ist das etwa der sachliche Ernst, wie hier die Arbeitgeber ihre Sache führen? Darauf es den Arbeitgeberverbänden ankommt, geht aus dem folgenden Abschnitt hervor: Einstellung zum Zweischichtensystem. Besonders in dieser Frage mache sich die mangelnde wirtschaftliche Betrachtungsweise der Gewerkschaften bemerkbar. Die Frage einer über 10 Stunden liegenden Arbeitszeit habe schon vor dem Krieg nur noch eine Rolle bei durchgehenden Betrieben gespielt. Hier habe man nur die Wahl gehabt zwischen zwei Schichten zu je 12 Stunden und drei Schichten zu je 8 Stunden. Der Kampf der Gewerkschaften um den Achtstundentag vor dem Kriege sei deshalb in besonderem Maße gleichzeitig ein Kampf um die Befestigung des Zweischichtensystems gewesen. Von entscheidender Bedeutung sei dabei immer der Umstand gewesen, daß die durchgehende Arbeitsweise sich nach Art der Produktionsvorgänge im wesentlichen auf Arbeiten beschränkte, bei denen die Arbeiter in besonderem Maße der Hitze, giftigen Stoffen, Staub und Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt waren.“

„So stand hier die gesundheitliche Bedeutung der Arbeitszeiterklärung im Vordergrund. Dazu kam, daß die Notwendigkeit, von Woche zu Woche einen Wechsel in der Tag- und Nachtschicht einzutreten zu lassen, zu langen Beschäftigungen führte, ohne daß es gelang, ein für alle Teile völlig befriedigendes System von Abwechslung und Vertretung der in Frage kommenden Arbeiter zu erreichen und damit die Zahl der Sonntagslücken möglichst zu vermindern. Deshalb machte von jeher die hygienische und kulturell-ethische Bedeutung dieser Frage besondere Eindrücke auf die Öffentlichkeit und gab den Gewerkschaften durch den Appell an reine Gefühlsmomente im wirtschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer immer eine Reihe tatsächlicher Vorteile. Heute sieht sich die Unternehmerrseite gerade hier einem großen und entscheidenden Vorstoß der Gewerkschaften gegenüber, und es mag deshalb in besonderen nachgewiesen sein, daß die wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Betriebe gegenüber allen anderen für die Beurteilung des Zweischichtensystems in Frage kommenden Momenten das Uebergewicht zu beanspruchen hat.“

Das heißt mit dürren Worten, das Dreischichtensystem muß auf der ganzen Linie abgebaut, durch das Zweischichtensystem mit 12stündiger Arbeitszeit durchgeführt werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Arbeiter in den durchgehenden Betrieben in ganz besonderem Maße der Hitze ausgesetzt sind, giftigen Stoffen, Staub oder sonstigen Gesundheitsgefährdungen. Was hygienische, was kulturell-ethische Rücksichten! — Fort mit den Gefühlsmomenten, fort mit dem Achtstundentag im Dreischichtwechsel, her mit der 12stündigen Arbeitszeit im Zweischichtwechsel!

Wo die Unternehmerinteressen auf dem Spiel stehen, müssen alle Hölten schweigen.

Der Wirklichkeit sei die 12stündige Arbeitszeit der Schmelzer auf den Hochöfenwerten ja gar nicht so schlimm. Die Denkschrift müsse

den für das Urteil weiser Kreise der Öffentlichkeit bedeutungslos „Irrtum“ berichtigen, daß die 12stündige Anwesenheit im Betriebe oder vor der Arbeitsstelle gleichbedeutend wäre mit einer 12stündigen tatsächlichen Arbeit.“ Das wäre allerdings ein Irrtum, vor dem sich insbesondere die Unternehmer hüten müssen, wollte man annehmen, die Arbeiter seien Maschinen.

Es ist eine der übelsten Unverschämtheiten, an denen diese Schrift so reich ist, die 12stündige Arbeitszeit in den schlimmsten und gefährlichsten Knochenmühen mit dem Einwand zu rechtfertigen,

## Achtung, SPD.-Fraktionsvorstände!

Am Freitag, den 15. August, abends 7 Uhr, in den Mustertälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

## Wichtige Konferenz

der SPD.-Fraktionsvorstände aller Gewerkschaften, sowie der Vertreter der großen Betriebe aller Berufe.

Da diese Konferenz sehr wichtige Entscheidungen zu treffen hat, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend notwendig. — Die Fraktionsvorstände haben unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß alle Vertreter der maßgebenden Betriebe zur Stelle sind. Ohne Parteiausweis kein Zutritt.

Bezirksverband Berlin der SPD., Berlin SW. 68  
Lindenstr. 3 (Betriebssekretariat). J. M.: H. Holz

daß es sich ja nicht um eine ununterbrochene Arbeitsleistung handle, sondern dazwischen auch gewisse Atempausen lägen, daß es sich ja mit um eine Arbeitsbereitschaft handle. Für die Großbetriebsindustrie gelte ja noch die Bundesratsverordnung vom Jahre 1908, wonach für alle Schichten, die länger als 8 Stunden dauern, eine Mindestpause von 2 Stunden festgelegt ist, wodurch die tatsächliche Arbeitszeit ohne weiteres schon von 12 auf 10 Stunden beschränkt werde. Daß der Zwölfstundenarbeiter mit den Wegen von und zur Arbeit 13, 14 und mehr Stunden „arbeitsbereit“ sein muß, daß ihm außer der Schlafzeit kaum noch zwei, drei Stunden für seine Familie und für sich selber übrig bleiben, kümmert doch die Arbeitgeberverbände nicht. Denn gegenüber allen anderen Momenten hat das Profitinteresse das Uebergewicht zu beanspruchen. Das ist „sachlicher Ernst“ der Unternehmer, dem die Arbeiterschaft den sachlichen Ernst ihrer Ansprüche an eine menschenwürdige Existenz entgegenstellen muß.

Das „Uebergewicht“ aber, das die Unternehmer augenblicklich haben, wird sich um so mehr verflüchtigen, je mehr die Arbeiterschaft erkennt, daß es sich um eine Rechtsfrage dreht, in der nur ihre starke geschlossene Organisation eine wirksame Rolle spielen kann.

## Erpressungstaktik der Brotfabrikanten.

Die deutschen Brotfabrikanten haben eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher sie die Arbeitszeit für ihre Arbeiter von morgens 6 auf 5 Uhr verlegen wollen, ebenso die Vorarbeit bereits morgens 3 Uhr beginnen soll. Weiter sollen bis abends 12 Uhr die Nacharbeiten ausgedehnt werden. Die Brotfabrikanten haben es aber nicht bei dieser Eingabe bewenden lassen, sondern haben ihren Arbeitern folgenden Revers vorgelegt:

„Vorstehende Eingabe ist uns von unjern Arbeitgebern zur Kenntnis gebracht. Wir haben das Vorgehen des Verbandes deutscher Brotfabrikanten für berechtigt und sind mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf betreffend Nachtarbeit in den Bäckereien einverstanden. Die Bäckergesellen der Firma.“

Dieser Revers enthält eine Unwahrheit, weil sich die Eingabe der Brotfabrikanten nicht mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz deckt, sondern weit darüber hinausgeht und so auf Umwegen die Nachtarbeit mit Hilfe der Arbeiter und unter Täuschung der Arbeiter wieder einführen will. Die Brotfabrikanten lassen es aber bei dieser mittelalterlichen patriarchalischen Art der Beeinflussung der Arbeiter zur Täuschung der Behörde nicht bewenden, sondern drohen bei Nichtunterzeichnung des Reverses mit Aussperrung und Entlassung.

Der Verband der Brotfabrikanten hat unter dem 4. August 1924 ein von seinem Spindikus Schulte unterzeichnetes Rundschreiben herausgegeben, in dem es heißt: „Schnell handeln, ehe Hamburger Verband kommt. Druck auf Betriebsräte ausüben; bei Weigerung Aussperrung. Konsumvereine schließen sich an!“ Die letzte Behauptung bezweifeln wir, wenn es auch eigenartig berührt hat, daß die Konsumvereine den Vorsitzenden des Brotfabrikantenvereins mit ihrer Interessensvertretung in Genf beauftragt hätten.

In Berlin hat bereits eine Reihe von Brotfabrikanten den Arbeitern den Revers vorgelegt. In einem Falle der Brotfabrik Hähne ist Entlassung erfolgt. Der Arbeitgeber behauptet zwar, daß die Entlassung aus anderen Gründen erfolgt sei. Der Arbeiter jedoch ist der Auffassung, daß seine Verweigerung der Unterschrift zur Entlassung den Anlaß gab. Wir ersuchen alle unsere Kollegen, die Unterzeichnung des Reverses auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir werden mit allen Mitteln gegen diese Art des Unterschreiben-„Sammelns“ vorgehen. Unsere Organisation erwartet als selbstverständlich, daß die Behörden sich durch erpresste Unterschriften nicht beeinflussen lassen werden.

Alle Versuche, die Unterschrift unter dem Revers zu erzwingen durch Androhung von Entlassung oder anderen Nachteilen sind dem Verbandsbureau sofort zu melden. Weitere Maßnahmen erfahren unsere Kollegen in den nächsten Tagen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

## Kriegsteilnehmer und Personalabbauverordnung.

Durch die Personalabbauverordnung des Reiches vom 27. Oktober 1923 werden bekanntlich Tausende von Angestellten, die während der Kriegsjahre beschäftigt waren, brellos gemacht. Diese Angestellten erhalten die Hälfte der Abfindungsbeträge, wie sie die abgebauten Beamten erhalten. Die Höhe der Abfindung richtet sich nach der Dauer der Dienstzeit. Durch die Nichtanrechnung der Kriegsdienstjahre entstehen außerordentliche Härten. So hat z. B. jetzt die Reichsdruckerei männliche und weibliche Angestellte entlassen.

Ein männlicher Angestellter, der seit 1913 in der Reichsdruckerei

beschäftigt ist, vier Jahre Kriegsteilnehmer war, bekommt, da die Kriegsdienstzeit auf Anweisung des Reichsfinanzministeriums nicht mitgerechnet wird, 1% Monatsgehälter als Abfindung, während eine weibliche Angestellte, die ebenfalls seit 1913 in der Reichsdruckerei beschäftigt ist, 3 Monatsgehälter Abfindungssumme erhält.

Die Preussische Personalabbauverordnung sieht bei Zahlung der Abfindungssumme ausdrücklich die Anrechnung der Kriegsdienstzeit vor. Die Schlechterstellung der Reichsangestellten, die lediglich auf das Betreiben des Reichsfinanzministeriums zurückzuführen ist, hat schon berechtigten Unwillen unter den Kriegsteilnehmern ausgelöst, die somit ein praktisches Beispiel haben, wie sich das Reichsfinanzministerium die Abstattung des Dankes des Vaterlandes vorstellt.

Am Interesse der brellos gemachten Angestellten liegt es, daß das Reichsfinanzministerium den Forderungen der Gewerkschaften entgegen kommt und die gleiche Regelung vornimmt wie im Preussischen Staat.

## „Verfassungsfeier in der Reichsdruckerei.“

Zu der Ratig unter dieser Ueberschrift in Nr. 378 des „Vorwärts“ erhielten wir von der Direktion der Reichsdruckerei folgende Richtigstellung:

Von der Regierung war angeordnet worden, daß der Dienst am Verfassungstage wie an Werktagen zu handhaben sei, daß aber Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Teilnahme an den staatlichen Feiern und an Gottesdiensten auf Antrag Dienstbefreiung gewährt werden sollte, soweit es die dienstlichen Verhältnisse gestatteten. Dem Wunsch der Betriebsvertretung, lediglich eine Betriebswache für dringliche Arbeiten zurückzubehalten und im übrigen allen Arbeitnehmern freizugeben, konnte hiernach nicht entsprochen werden, weil dies einer Schließung des Betriebes gleichgekommen wäre und auch Anträge auf Dienstbefreiung bis zum 8. August abends nur in verschwindend geringer Zahl gestellt worden waren. Mit der Beschränkung der Befreiungen auf etwa 10 Proz. der Belegschaft, also auf etwa 380 Personen, befand sich die Direktion in Uebereinstimmung mit der Meinung anderer Reichsbetriebe. Daß diese Zahl dem Bedürfnis der Belegschaft genügt hätte, beweist die Tatsache, daß noch nicht 100 Personen vor der Ermächtigung Gebrauch gemacht haben; und auch unter diesen haben sich nachweislich mehrere befunden, die die angebotene Teilnahme an einer staatlichen Feier als Vorwand zu einem Spaziergange mißbrauchten. Unrichtig ist die Angabe, daß sich sogenannte „Streikbrecher“ der Direktion zur Teilnahme an der Verfassungsfeier zur Verfügung gestellt hätten. Die Direktion hat weder zur Teilnahme an der Feier noch zur Nichtteilnahme irgendjemand beeinflusst. Unrichtig ist auch, daß es zur Befreiung erst eines Himnebes der Betriebsvertretung bedürftig hätte; die Befreiung war selbstverständlich von der Direktion rechtzeitig angeordnet worden.

## Das Fiasko der Bauarbeiteraussperrung im Westen.

Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gebackt wird. Das mußten auch die Scharfmacher im Bauergewerbe Rheinland-Westfalens erfahren. Die Aussperrung ist noch nicht allgemein. Dieser Mißerfolg wird etwas zu verschleiern versucht durch den Hinweis, die Kostensarbeiten müßten selbstverständlich verrichtet werden.

Verschiedene Gemeinden, die Bauarbeiten in eigener Regie geführt haben, haben sich dem Vorgehen der Arbeitgeberverbände nicht angeschlossen. Auch verschiedene Arbeitgeber, namentlich an der Peripherie des Vertragsgebietes, halten sich noch abseits. Der größte Teil der Arbeitgeber ist allerdings dem Beschluß nicht nachgekommen. Auf beiden Seiten hält man zur Stunde eine Verhandlung noch nicht für möglich.

Wenn die Unternehmer dem Schiedspruch zustimmen, ist die Verhandlung sofort da. Das Fiasko der Aussperrung scheint aber den Scharfmachern noch nicht groß genug, als daß sie es an der Zeit hielten, einzuflecken.

## Der große Abbau.

Dortmund, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. wird am 15. August auch die Zeche „Frankiska“ in Bitten stilllegen. Von den gesündigsten Belegschaften findet nur ein kleiner Teil neue Beschäftigungsmöglichkeit auf anderen Zechen, so daß sich die Gesamtzahl der Ruhrbergarbeiter in zwei Monaten um rund 100 000 Mann verringert hat.

In der Eisenindustrie des Westens sind in der letzten Zeit Anzeichen einer leichten Besserung in der Geschäftslage bemerkbar. Das Baroper Walzwerk bei Dortmund hat zwei neue erhebliche Aufträge erhalten und konnte infolgedessen die bereits entlassenen Kriegsschädigten wieder einstellen. Der volle Betrieb soll hier wieder aufgenommen werden, sobald es gelingt, die benötigten Kohlenmengen auf dem Kreditwege zu erhalten. Es berührt recht eigenartig, daß angesichts der Abschwierigkeiten der Zeiten große Industriemächtigkeiten, die nicht selbst über Kohlenzwecke verfügen, nicht die nötigen Kohlen zur Verfügung haben und schwierige Kreditverhandlungen zur Beschaffung von Kohlen notwendig sind.

## Beilegung des Konflikts in Ost-Oberschlesien.

Im Arbeitskonflikt in Ost-Oberschlesien ist am Mittwoch in später Nachstunde nach langen Verhandlungen ein Schiedspruch gefällt worden. Er bestimmt für die Hüttenbetriebe, daß die Löhne unverändert bleiben, was tatsächlich eine Herabsetzung bedeutet, da für die 10stündige Arbeitszeit die Löhne die gleichen bleiben wie für die bisherige 8stündige Arbeitszeit. Das Kohlendeputat wird um 10 bis 20 Proz. gekürzt. Für Hütten und Gruben werden die Löhne um 10 Proz. herabgesetzt. Die Arbeitszeit unter Tage bleibt unverändert, über Tage beträgt sie 9 1/2 Stunden. Das Kohlendeputat bleibt hier unverändert. Für Hütten und Gruben wird der Schiedspruch bereits am 20. September in Kraft treten. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich von vornherein bedingungslos dem Schiedspruch unterworfen. Der Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt jedoch nicht sofort, da vor der Verklammerung der freien Gewerkschaften zunächst noch ein Betriebsrätekonferenz Stellung nehmen soll. Die Arbeitgeber haben die Annahme des Schiedspruches erklärt, der im wesentlichen ihre Forderungen erfüllt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glöckner; Freiwirtschaft: A. B. Schäfer; Spätere und Sonstiges: Fritz Kahlert; Ausgaben: Th. Glöckner; Druck: „Vorwärts“-Druckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Stockwerk.



**HEVITAN** Vitamin-Nährpräparat nach Prof. Dr. Reyerher  
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der  
**Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.**

# MAGGI'S Würze

die ausgiebigste deshalb die billigste!



# Der Fall von Hannover.

## Die sozial- und kriminalpsychologische Seite der Massenmordaffäre Haarmann.

Die Wogen der ersten Empörung und Bestürzung wegen der fast kannibolisch anmutenden Taten des Massenmörders Haarmann begannen sich zu legen. Die Untersuchung und die polizeilichen Nachforschungen nehmen ihren Fortgang, die Gerichtsverhandlung wird in einigen Monaten völlige Klarheit über Tot und Täter bringen. Es scheint jetzt angebracht, die Ansicht eines Menschen zu hören, der auf Grund praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Eignung zu dem Fall Stellung zu nehmen imstande wäre. Es lag nahe, Dr. Magnus Hirschfeld aufzusuchen. Man kann wohl sagen, daß er vielleicht mehr als mancher andere Sexualforscher geeignet erscheint, über diesen außergewöhnlichen sexuellen Kriminalfall Aufklärung zu geben. (Sein grundlegendes Werk über die Homosexualität steht einzig in der Sexualliteratur da. Sein Versuch, in einem dreibändigen Werke „Die Sexualpathologie“ die wissenschaftliche Zusammenfassung seiner praktischen Erfahrungen zu geben, bietet die Gewähr für seine Sachkunde und Objektivität.) Dr. Magnus Hirschfeld hat sich nun über die sozial- und kriminal-psychologische Seite des Falles Haarmann ungefähr folgendermaßen geäußert.

### Die männliche Prostitution.

Der Fall Haarmann rührt an einer großen Zahl von Problemen. Es liegt aber kein Grund vor, weil es ein Teil der Presse getan hat, die Frage der Homosexualität in den Vordergrund zu schieben. Jeder Kriminalist weiß, daß relativ selten Morde von Homosexuellen begangen werden; viel öfters kommt es zu Morden an Homosexuellen. Es wäre ebenso falsch, die Homosexuellen für Haarmanns Morde verantwortlich zu machen, wie etwa die Heterosexuellen für die Untaten der Frauenmörder Jack, the Ripper, Laurin, Großmann u. a. Der Mechanismus des Lustmordes — vorausgesetzt, daß Haarmanns Taten Lustverbrechen waren — bleibt der gleiche, einerseits, ob der Trieb auf das eine oder auf das andere Geschlecht gerichtet ist. Die Fälle der Lustmorde durch Homosexuelle sind überhaupt sehr gering, verhältnismäßig geringer, als die Zahl der Lustmorde an Frauen. — Sehr viel besprochen wird das Problem der männlichen Prostitution. Sie ist in nicht geringem Maße eine soziale Erscheinung wie die weibliche. Allerdings sind die psychologischen Voraussetzungen im ersten Falle teils doch anderer Natur. Bei den jungen Menschen sind es nicht selten ihre häuslichen Verhältnisse, die Genußsucht und in der letzten Zeit auch besonders oft die Arbeitslosigkeit, die sie veranlassen, durch Verkehr mit homosexuell veranlagten Menschen sich einen Verdienst zu verschaffen. Daß die männliche Prostitution für die Jugend eine Gefahr bedeutet, darüber besteht kein Zweifel. Sie ist es aber für sie in gleichem Maße wie die weibliche Prostitution für junge Mädchen. Man kann aber die Homosexuellen für diese Erscheinung nicht in höherem Grade verantwortlich machen als die Heterosexuellen für die weibliche Prostitution. Das beste Mittel gegen diese Gefahr ist einerseits die Hebung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und andererseits eine genügende sexuelle Aufklärung und eine weit ausgebauten soziale Jugendfürsorge. Haarmanns Opfer sind nur zu einem Teile männliche Prostituierte gewesen, zum anderen Teile waren das zugewandte junge Menschen, die vielleicht aus dem einen oder anderen Grunde mit ihm gingen. Daß sie aber mit ihm gehen konnten, spricht einerseits für den ungenügenden moralischen Halt dieser jungen Leute und andererseits für die vollständig unzureichende soziale Hilfe an den Orten, wo sie am notwendigsten ist. Wieviel junge Mädchen fielen Männern zum Opfer, wenn die Bahnhofsmission nicht auf ihrer Hut wäre. Strafrechtlicher Verfolgung unterliegen nur bestimmte Verbrechen des homosexuellen Verkehrs — letzteren nachzuweisen ist fast nie möglich. So wurde der § 175 zur Quelle von Erpressungen und zur Falle für die Homosexuellen. Nachdem in der sechziger Jahren die Kriminalpolizei unter Führung von Meerscheidt-Hülke sich einer humaneren Praxis in bezug auf die Homosexuellen zu bedienen begann, hörten die kleinsten Verfolgungen auf, und sie durften sich freier bewegen. Wenn Haarmann als Kuppler und Zuhälter aufgetreten ist, so ist zu bedenken, daß es viel weniger Menschen dieser Gattung unter Homosexuellen als heterosexuellen

Männern gibt. Es liegt also im Falle Haarmann gerade wegen seiner Ungeheuerlichkeit eine gewisse Gefahr in der Verallgemeinerung. Es handelt sich hier um einen unglaublichen Sonderfall, der allein aus Haarmanns Persönlichkeit zu verstehen ist.

### Das Motiv der Morde.

Aus welchen Motiven hat nun Haarmann seine Verbrechen begangen? Wenn man in dieser Hinsicht sich nicht auf Ausfagen junger Menschen, seiner Bekanntheit wird stützen können, so wird man auf Haarmanns Behauptungen allein angewiesen sein. Er will die Morde im Zustande völliger Bewußtlosigkeit begangen haben. Eine Simulation seinerseits ist in dieser Beziehung natürlich nicht ausgeschlossen. In seinen anfänglichen Aussagen wollte er ja keinen Opfern die Rechte durchdringen lassen. Sollte das der Wahrheit entsprechen, so würde es sich um einen Lustmord handeln. Man muß sich das so denken, daß Haarmann während des geschlechtlichen Verkehrs durch Grausamkeiten eine Austerhöhung erzielen wollte und schließlich im Höhepunkt seinem Partner an die Gurgel ging. Hier würde eine Untersuchung von Haarmanns Gebiß die Entscheidung bringen, ob er überhaupt auf diesem Wege die Tötung zu begehren imstande war. Rehnlich liegt es mit der Vermutung, er habe keine Opfer mit den Händen ermüdet. Auch dazu ist große physische Kraft erforderlich. Nicht unmöglich erscheint die Hypothese, daß er, wie Dr. Kopp das voraussetzt, die unglücklichen jungen Menschen während des Schlafes erdrosselt hat. Auch in diesem Falle könnte es sich um einen Lustmord handeln. Die andere in der Presse aufgestellte Vermutung geht dahin, daß Haarmann die jungen Menschen umgebracht habe, um sich von lästigen Zeugen zu befreien. Das leuchtet jedoch wenig ein. Einmal hätte die Gefahr, der er sich durch die Morde ausgesetzt hätte, in keinem Verhältnis zum Zwecke gestanden; zweitens war Haarmann ein viel zu konstanter Mensch, um nicht imstande gewesen zu sein, sich die jungen Leute auf andere Weise vom Halle zu halten. Ja, was hätte er denn von ihnen zu befürchten gehabt: eine Erpressung — dazu war er zu sehr gewöhnt; eine Denunziation — dazu stand er in zu guten Beziehungen zur Kriminalpolizei. Höchstens, daß er sich ihrer hätte entledigen müssen, weil er als Subdit an ihnen sich so gewalttätig grausam vergangen hätte, daß sie ihm als Zeugen und Objekte dieser Grausamkeit gefährlich werden konnten. Dann hätte er, sozusagen, statt halbe Arbeit ganze machen müssen. So lagen die Dinge im Falle der Ermordung des Knaben Heber in Berlin. Die Feststellung der Leichen durch Haarmann kann entweder als sadistische Handlung bemerkt werden oder als Mittel, auf einfachstem Wege sich der Leichen zu entledigen.

### Ist Haarmann psychisch krank?

Jedenfalls tappt man hier völlig im Dunkeln. Nur eine eingehende psycho-physische und sexualpsychologische Untersuchung des Mörders wird vielleicht über die wahren Motive seiner Tat Aufschluß geben. Nicht allein Haarmanns Seelenleben, sondern auch das seiner Eltern muß durchforscht, sein Leben und seine Entwicklungsverhältnisse müssen einer genauen Analyse unterzogen werden. Dann erst wird man sich aus der Gesamtpersönlichkeit dieses Menschen heraus Schlüsse über die Motive seiner Tat erlauben können. Erst dann wird man auch ein Urteil darüber abgeben können, ob Haarmann seine ungeheuerlichen Handlungen im Zustande von Geisteskrankheit begangen hat und ob ihm der § 51 zugesprochen werden kann. Es ist nicht leicht, zu glauben, daß ein geistesgesunder Mensch solche Taten begehen konnte. Zum Trost für die Menschheit erweilen sich derartige Kapitalverbrechen fast immer, als geisteskrank Menschen. Die moderne Sexualforschung verlangt größere Freiheit für sexuelle Partner, sofern sie freiwillig in Beziehung zueinander treten. Um so schärfer verwirft sie aber jede Gewaltanwendung im sexuellen Verkehr. Man kann auch bei der Betrachtung dieses Falles den verdächtigen Umstand nicht unerwähnt lassen, daß der Beginn von Haarmanns Mordaten gerade in das Jahr 1919 fällt, also in eine Zeit, als die Folgen des blutigen Krieges sich auszuwirken begannen. Man kann sich nicht des Einbruchs erwehren, daß im Falle Haarmann, wie in vielen gleichen Fällen, nicht doch das

Kriegsmorden die schlimmsten Instinkte im Menschen zum hemmungslosen Sichausleben verholfen hat. Moralisch reinigend, wie es viele erhoffen, hat der Krieg jedenfalls nicht gewirkt.

Soweit Dr. Magnus Hirschfeld. Eine genaue psychiatrische Durchforschung von Haarmanns Persönlichkeit erscheint unbedingt angezeigt. Man kann begierig sein, was sie zutage fördern wird.

## Der Potsdamer Experimentierplatz.

Von einem Mitglied der Verkehrsdeputation wird uns geschrieben:

Allen Ernstes: wir schlagen vor, daß die Reichsregierung sich demnächst auf dem Potsdamer Platz versammelt, um sich das Phänomen einmal anzuschauen. Es ist wirklich nicht uninteressant! Ein Regierungsrat V. macht eine „Studienreise“ nach London und Amerika, versteht sich, und erwidert, daß wir Klein-Kiedersdorfer von Groß-Berlin eigentlich nur die reinsten Pöbelstuden sind im Verhältnis zu den fortgeschrittenen Bewohnern von New York City. Selbstverständlich wollen wir nicht Klein-Kiedersdorfer bleiben und darum muß bei uns schnell nachgemacht werden, was sich im Auslande bewährt hat. Die Folge ist: Jeden Tag wird auf dem Potsdamer Platz eine neue Insel gebaut, jeden Tag wird Größe und Format des Aussichtsturms mit dem obgleich tötenden Schupomann geändert. Das kann eigentlich ad infinitum so weitergehen.

Im Ernst: all diese Experimente an dem Potsdamer Platz gehen genau so wie die wohlgemeinten Ratsschlüsse zahlreicher Verkehrskenner vollständig an der Luft ab, aber bis wir die Berliner Verkehr ganz anders gearriet ist als der Verkehr in London und New York. Eine illustrierte Zeitung brachte vor einiger Zeit sehr interessante Bilder, auf denen der Verkehr auf Brennpunkten in New York und London auf der einen Seite und in Berlin auf der anderen Seite gegenübergestellt wurden. In den englischen Hauptstädten ein hochkonzentrierter Cityverkehr, bei dem das Auto das Straßenbild beherrscht, in Berlin ein ungewöhnlich verteilter Verkehr. Die Berliner Verkehrsnetze liegen keineswegs in der City, sondern peripherisch verteilt. Trotzdem ist natürlich am Potsdamer Platz ein Verkehrsproblem zu lösen. Die Hauptschwierigkeit entsteht durch die ungenügende Häufung der Straßenbahnlinien. Die einfache Feststellung, daß die Straßenbahn ein veraltetes, vorindustrielles Verkehrsinstitut ist, genügt nicht als Abhilfevorschlag. Selbst wenn die Omnibuslinien in weißem Maße ausgebaut würden, so könnten sie auf absehbare Zeit den Straßenbahnverkehr doch nicht ersetzen. Das läßt sich nur durch Ausbau des Untergrundbahnnetzes bemerkenswerten. Es ist bekannt, daß die Stadt mit bedeutenden Mitteln daran arbeitet, aber bis wir die Pläne des Zweckverbandes für den Untergrundbahnverkehr durchgeführt haben werden, wird einige Zeit vergehen, wenn nicht ein Krösus uns eine halbe Milliarde Goldmark für den Ausbau zur Verfügung stellt. Jeder weiß doch, daß daran nicht zu denken ist, und daß wir nicht reich genug sind, um innerhalb 24 Stunden dieses Ziel zu erreichen. Deswegen müssen wir zunächst neben der energischen Förderung des Untergrundbahnbaus leider alle Energie aufwenden, um die nun einmal vorhandene Straßenbahn zur höchsten Leistungsfähigkeit auszubauen. Auf der Leipziger und Potsdamer Straße geht es aber so nicht mehr weiter. Deswegen muß so bald wie möglich zur Entlastung des Verkehrs auf der Leipziger Straße und damit auch auf dem Potsdamer Platz die französische Straße als zweite Verkehrsader ausgebaut und durch die sogenannten Ministergärten durchgeführt werden. Dann wird es möglich sein, einen großen Teil des Verkehrsstroms, der jetzt die Leipziger Straße und den Potsdamer Platz überflutet, auf kürzerem Wege abzulenken und eine schnellere Verbindung nach dem Westen herzustellen. Technisch ist das Projekt einfach zu lösen. Die Vorarbeiten sind bei der Stadt längst geleistet. Es kommt nur darauf an, daß die Öffentlichkeit und die städtischen Körperschaften endlich einsehen, wozu wir in Berlin kommen, wenn man immer nur zu Quackalbereien greift. Insekten, Grünflächen und Schupotürme und ähnliche Scherze auf dem Potsdamer Platz mögen sehr gut gemeint sein, sie lösen aber das Problem in keiner Weise. Der Durchbruch der französischen Straße durch die Ministergärten würde uns mindestens den vierten Teil den Straßenbahnverkehr und zu einem großen Teil auch den Fußgängerverkehr ablenken.

Ebenso wichtig würde es selbstverständlich auch sein, wenn es gelänge, die im Projekt des Zweckverbandes vorgesehene Unter-

## Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

10.

Am nächsten Morgen kam eine gerichtliche Vorladung an den „Lizenzinhaber Andreas Bum“. Das Schriftstück trug ein Amtssiegel, einen weißen lithographierten Wappenstein auf einem roten runden Papier, und obwohl die Adresse von einer flüchtigen Hand geschrieben war und der Bericht vielbeschäftigte Eile bewies, verbreitete das Schreiben dennoch eine Ahnung von jener langsamen Feierlichkeit, die unsere Ämter auszeichnet. Es enthielt die Vorladung vor die zweite Kammer, welche die eiligen und unbedeutenden Strafsachen zu behandeln hatte. Zum ersten Male wurde hier Andreas Bum als ein „Beschuldigter“ bezeichnet, ein Wort, das, wenn es von einem Gericht geschrieben war, schon fast wie „Bestrafter“ klang. Im übrigen enthielt das Schreiben nur noch die nähere Terminbestimmung, einen runden, roten Stempel, der etwas blaß und undeutlich ausgefallen war und die unleserliche Unterschrift eines Richters, die anzudeuten schien, daß der Mann der Gerechtigkeit vorläufig nicht gekannt sein wollte.

Mehrere Male las Andreas das Schreiben des Gerichts, in einer törichten und aussichtslosen Hoffnung, daß er zwischen den gedruckten Zeilen des Formulars etwas herauslesen könnte, Nützliches oder Schädliches, etwas von der Stimmung, die den Richter beherrschte. Als das nicht gelang, versuchte er, sich das Gericht vorzustellen, das Kreuz, die Richter, die Patriere, die Angeklagtenbank, den Ex-officio-Verteidiger, den Richter, den Schreiber, den Gerichtsdienner, die Aktenbündel, und das große Bild des Gekreuzigten, zu dem er innerlich schon betete. Er ging in die Kirche aus gelben Ziegelsteinen hinüber, in der er seit seiner Trauung nicht gewesen war. Die Kirche war leer, ein Fensterflügel stand in der Höhe eines Stockwerks offen und kalte Luft blies der Winter in das Gotteshaus, das dennoch muffig roch, nach Menschen, ausgehöhten Talgkerzen und Lände. Andreas faltete die Hände, kniete nieder und sagte mit der dünnen Stimme, mit der er als Schulfuß vor dem Unterrichts gebetet hatte, drei, vier, fünf Vaterunser auf.

Hierauf fühlte er sich beruhigt, gesichert vor böser Ueberwachung, vor dem gerichtlichen Urteil, das im Schoße des Morgens lag.

Er kehrte heim und traf einen fremden Mann im Zimmer.

Der stand auf und verneigte sich leicht und setzte sich wieder und sagte stehend zu Andreas: „Ich warte auf Ihre Frau Gemahlin. Sie entschuldigen schon! Ihre Frau Gemahlin muß in einer Viertelstunde da sein. Ihre Frau Gemahlin war heute früh bei mir im Geschäft. Sie können selbst sehen, wie pünktlich ich bin. Den ganzen Tag unterwegs und immer pünktlich. Das ist meine Devise.“

Andreas betrachtete den Mann feindselig, obwohl er ihn weder kannte, noch verstanden hatte. Gewiß war er zu irgendeinem bösen Zweck hier — Andreas ahnte es. Er gab sich einige Mühe, den Beruf und die Absichten des Fremden zu erraten. Aber es gelang ihm nicht. Solange der Fremde sah, machte er den Eindruck eines großgewachsenen Mannes, wenn er aufstand, war er sehr klein. Denn er hatte kurze Beine. Sein vorgewölbttes Bäuchlein hatte auf eine gewisse Gutmütigkeit schließen lassen, ebenso wie die rötlichen Wangen und der harmlose kleine schwarze Schnurrbart und das glatte, gepuderte und säuberlich rasierte Kinn, das in der Mitte eine lächelnde Mulde hatte. Auch das Räschen war zierlich, sorgfältig und wie aus Gips geformt. Aber in den kleinen schwarzen Augen brannte ein böser Glanz. Der Fremde sah aus, wie ein pausbäckiger Knabe mit dem Buchs und dem Gebaren, der Stimme und dem Bartwuchs eines Mannes. Von ihm ging eine heitere Bosheit aus, eine niederträchtige Gutmütigkeit. Er sah da und hatte gar nicht das Angeficht eines Wartenden. Es schien, daß er sich nicht einen Augenblick langweilte. Seine brennenden Augen sprühten Funken über die Gegenstände des Zimmers, den Teppich, den Tischläufer, die Vase aus blauem Stein, das Rissen mit der Stütze, als wollte er alles in Brand setzen. So sah er da, lebhaft beschäftigt, und ließ merken, daß ein reger Geist auch an den gleichgültigsten Dingen der Welt Interesse zu finden imstande war.

Immer noch duftend, von einer Wolke parfümierter Fraßstümpfen umgeben, trat Frau Katharina ein und, als hätte ihn plötzlich etwas auf seinem Sie gestochen, sprang der Mann in die Höhe. „Ich begrüße Sie ergeben!“ sagte er. „Wir wollen gleich ans Geschäft gehen. Nur nichts aufgeschoben! — ist meine Devise.“

Katharina klirrte mit den Schlüsseln. Andreas beobachtete sie und den Mann schweigend aus der Ecke. Er folgte ihnen, als sie hinausgingen. Auf seiner Stirn stand kalter Schweiß und sein Herz klopfte in wuchtigen, die Brust fast sprengenden, von Zeit zu Zeit aussehenden Schlägen. An die Tür gelehnt, die den Hof vom Flur trennte, stand er und

sah, wie seine Frau den Stall Mulis aufsperrte und den Esel hinausjog. Es war sonnig und trocken, und das kleine Tier warf einen unwahrscheinlich riesigen Schatten auf den glühenden Schnee. Vor Andreas Augen verfinsterte sich die Welt. Der strahlende Himmel wurde dunkelblau und schien sich herabzusenken zu wollen wie ein Vorhang. Alle Gegenstände wurden dunkelgrün, wie durch ein Bierlächenglas gesehen. Alles spielte sich in dieser zauberhaften Traumbelichtung ab. Der Fremde lächelte den Esel. Er kniff ihn, als wollte er sich überzeugen, ob das Fell dick genug ist. Er ligelte das Tier an den Ohrenscheiden, daß es unwillig den Kopf wandte und schüttelte.

„Sehen Sie,“ sagte der Fremde, „was sang ich mit so einem Tier an? Ich will ja damit nicht gesagt haben, daß ich es überhaupt nicht brauche, aber was sang ich mit einem Tier an? Wenn es wenigstens ein Pferd wäre, ein kleines Pferdchen,“ sagte er mit zärtlicher Stimme, als spräche er schon zu einem kleinen Füllen.

„Ich sagte Ihnen ja: ein Esel,“ erwiderte mit resoluter und schriller Stimme, die nichts Gutes verhieß, Frau Katharina.

„Gewiß, gewiß,“ sagte der Mann mit niedergeschlagenen Augen, „ein Esel, gewiß. Aber so ein kleines Eselchen!“

„Ein Esel ist doch kein Kameel!“ schrie Frau Katharina.

„Belieben zu scherzen, ha, ha, ein Esel ist gewiß ein Esel. Aber es gibt große und es gibt kleine Esel, auch ganz winzige Tierchen. Ich habe schon viel kleinere Tierchen gesehen!“

„Na, sehen Sie!“ triumphierte Katharina, „Sie sagen's doch selbst!“

Högernd griff der Mann nach der Briestafel. Er zog drei Scheine, sie waren sehr neu und knisterten und er zählte sie zweimal und hielt sie in die Luft und knatterte noch mit ihnen eine Weile.

Dann schlang er sein kleines fettes Aermchen um Ruß und das Tier tratete hinaus, an Andreas vorbei. Katharina blickte über ihn hinweg, als wäre er ein Bestandteil des Türpfostens.

Andreas sah seinem Esel bis zur Tür nach. Der Mann wandte sich noch einmal um und grüßte: „Ergebenster Diener!“ sagte er.

Andreas humpelte ihm nach. Er sah bis an das Ende der Straße. Da ging der Mann und Mulis trottete am Rande des Bürgersteigs, hart neben der Bordschwelle, das liebe Tier, das warme, kleine Wesen. Es hatte goldbraune Augen und sein grauer Leib barg eine menschliche Seele.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Kamel-Inschrift.

## Ein „Architektenwitz“ des verstorbenen Baurats Schwedten.

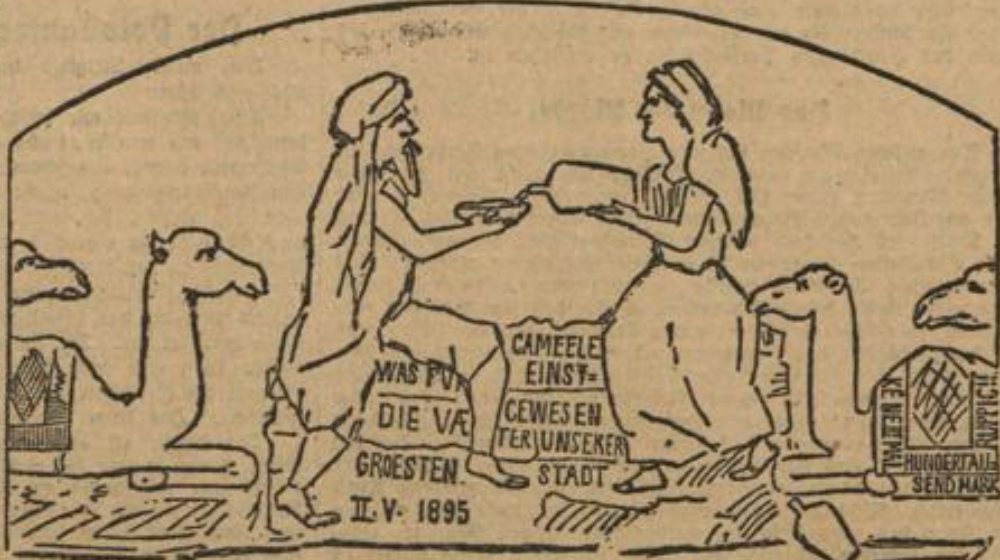
Im Jahre 1905, am Tage der Einweihung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, brachte der „Vorwärts“ eine in den weitesten Kreisen aufsehen erregende Mitteilung, daß in dieser vom Baurat Schwedten erbauten Kirche eine sehr sonderbare Inschrift angebracht sei, die mit den religiösen Zwecken der Kirche in gar keinem Zusammenhang stünde, wohl aber geeignet sei, die Stadt Berlin aufs gründlichste zu beleidigen. Auf einem Relief, auf dem eine Szene aus der alttestamentlichen Geschichte dargestellt war, zu deren Seiten kniende Kamele sich lagerten, war folgende Inschrift zu lesen: „Was für Kameele einst gewesen die Väter unsrer größten Stadt.“ Auf einer Kameledede war ferner zu lesen: Keine Illmal hunderttausend! Ruppig! Die Presse hatte zunächst bis auf wenige Ausnahmen die standalose Affäre totzuschweigen versucht. Als das aber nicht mehr möglich war, erließ Baurat Schwedten eine Erklärung folgenden Inhalts, die bestimmt war, die Affäre zu vertuschen:

„Mit der vom „Vorwärts“ mit so viel unwahren und tendenziös aufgedackten Zusätzen versehenen Nachricht über die auf die Stadtverordneten sich beziehende Inschrift verhält es sich folgendermaßen:

Das betreffende Relief ist als Entwurf nach den Bildern aus der Bibel von Schnorr von Carolsfeld nur begonnen an einer durchaus dunklen Stelle, so daß es den Augen des Kirchenbesuchers ganz entzogen war und noch heute ist. Daß das Relief Porträts enthalte, ist unmöglich; die Inschrift ist eine Nachahmung eines bei altromanischen und gotischen Bauten fast überall zu findenden Architektenherzes. Daß der Scherz sich auch auf den Oberhofmeister Freiherrn von Mirbach bezog, ist selbstverständlich unmöglich!

Der Architektenwitz hatte durchaus realpolitischen Hintergrund. Wilhelm, der Baumütze, konnte für seine vielen Bauprojekte nicht immer die Mittel aufreiben (um die gleiche Zeit entstand auch das Projekt der Hohenzollern-Puppenallee) und hatte es der Berliner

Stadtverwaltung auf seine bekannte Weise nahegelegt, für die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche 300000 M. Baufostenzuschuß zu gewähren. Die Stadtverordnetenversammlung hatte das abgelehnt. Die Antwort darauf war der Architektenwitz des Baurats Schwedten. Infolge der Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ wurde die Inschrift später weggemeißelt. Daß zum Lohn für den „Vorwärts“ auch die Gerichte gegen ihn mobil gemacht wurden, verstand sich von selber. Der



Das Relief mit der Inschrift (aus dem „Vorwärts“ vom 1. September 1895).

„Vorwärts“ hatte am 1. September 1895, an dem die Wilhelm-Kirche eingeweiht wurde, auch eine Nachbildung des Reliefs und der Inschrift gebracht (wir wiederholen sie in unserer heutigen Nummer) und dazu spottend mitgeteilt, daß „Graf Mirbach, der Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin, es nicht verschmäht hätte, bei dem sozialdemokratischen „Juden“ Singer und dem sozialdemokratischen Hutmadgerellen Borgmann persönlich vorzusprechen und um Gewährung der 300 000 Mark bitten“. Das forderte Rache.

grundbahnverbindung Potsdamer Bahnhof—Stettiner Bahnhof durchzuführen. Dadurch würde der Strohverkehr beider Vorortbahnhöfe gelockert und auf verschiedene Teile der Innenstadt verteilt. Bevor aber dieses Projekt in Angriff genommen werden kann, werden wir finanziell und wirtschaftlich erst bedeutend weiter sein müssen. Aus diesem Grunde wird zunächst nichts anderes übrig bleiben, als durch robuste Maßnahmen eine gründliche Aufräumarbeit des Verkehrs und eine Entlastung des Potsdamer Platzes zu erzielen. Es bestehen Aussichten, daß sowohl die Stadtverwaltung wie die Straßenbahndirektion im Herbst dieses Jahres an die Lösung dieser Aufgabe herangeht. Dann werden wir zwar noch nicht am Ziel unserer Wünsche, aber immerhin ein gutes Stück weiter sein.

### Die neue Verkehrsinselung.

Das Straßenbauamt des Magistrats hatte vor einigen Wochen unter Leitung des Stadtbaurats Hahn und unter Mitwirkung der beteiligten Bezirksämter Tiergarten, Mitte und Kreuzberg einen Plan ausgearbeitet, der durch Einbau dreier großer Inseln eine Lust- und freien großen Platzes in „Verkehrsbänder“ vorsah. Die schwierigen Verkehrsverhältnisse auf dem Potsdamer Platz, die nur mit einem großen Schutzmännersaufgebot gekemert werden konnten, waren hauptsächlich auf die zu große Fahrdammfläche zurückzuführen. Fuhrwerke und Fußgänger wurden bedrängt, möglichst nur kürzeste Wege über den Platz zu nehmen, ohne sich um den sonstigen Verkehr zu kümmern. Die Folge war ein unregelmäßiges Durchfahren, wodurch eine schwere Gefährdung der Fuhrwerke und der Fußgänger entstand. Durch die jetzt beschlossene Anordnung werden die Fuhrwerke zwangsweise für jede Fahrtrichtung zusammengefaßt, wodurch die Uebersehbarkeit wesentlich gewinnt. Im Einverständnis mit dem Polizeipräsidenten wurden zunächst die wichtigsten Teile der mittleren großen Insel eingebaut, um Erfahrungen über die so gewonnenen Durchfahrtsbreiten und die sich ergebende neue Verkehrsregelung zu gewinnen. Die Erfolge sind derartig ermutigend, daß der Magistrat nach einer Beschichtigung auf seinen Vorschlag den endgültigen Ausbau nach den Plänen des Straßenbauamtes beschloß. Da der Polizeipräsident gleichzeitig eine Regelung des Fußgängerverkehrs durchzuführen will, werden auf den beiden großen äußeren Inseln breite Uebergänge in Fahrdammhöhe für Fußgänger vorgezogen. Die übrigen Flächen der Inseln sollen zum Zeichen dafür, daß sie von den Fußgängern nicht betreten werden dürfen, mit Rasen belegt werden.

### Spielklubs und Buchmacher.

#### Frauen die leidenschaftlichsten Spieler.

Eine ausgedehnte Kontrolle der verschiedensten Spielklubs im Westen der Stadt nahm das Spieldezernat der Abteilung W. vor. Es wurden im Laufe des Abends und der Nacht ungefähr 25 Spielerstätten besucht. Der Besuch der einzelnen Klubs hat, gemessen an dem der Inspektionszeit, zurzeit sehr nachgelassen. Doch ist zu berücksichtigen, daß sich jetzt die meisten leidenschaftlichsten Spieler in Serabären und anderer Kurorten befinden. Das trifft besonders auf die Frauen zu. Diese machen, wie die Erfahrung der letzten Zeit gezeigt hat, den größten Teil der leidenschaftlichsten Spieler aus. Festgenommen wurde niemand. Erogen die verschiedensten Inhaber und Leiter wurde Strafanzeige erhoben. Ferner wurden diejenigen festgestellt, die ohne Schankkonzession zu haben oder über das Maß des Kleinhandels hinaus Getränke verabsolgt hatten. So mächtig der Betrieb jetzt in den Spiellokalen ist, so regt sich das wilde Buchmachergewerbe auf den Rennbahnen. Trotzdem viele Geschäftlokale in Berlin die Konzession als Buchmacher erhalten haben, so ist damit noch nicht das Treiben von vielen wilden Buchmachern unterbunden worden. Diese treiben ihre Geschäfte heimlich weiter fort und haben immer noch großen Zulauf. In dieser Saison wurden im ganzen über 250 Wisse wegen unerlaubter Wettannahme festgestellt. Diese werden sehr selten auf der Rennbahn bei ihrem Gewerbe ertappt. Sie sind hier mit einem großen Heer von Spannern umgeben, die mit scharfen Gläsern nicht die Pferde, sondern das Publikum auf etwaige Kriminalseinungen abhaken. Mit der feinen Nase eines Spürhundes erkennen sie diesen und warnen ihren Brüdern. Die meisten wurden durch lange Beobachtung der heimlichen Wettlokale festgestellt.

### Ein gefährlicher Tierfreund.

Ein harmloses Kästchen bildete die Ursache des Todes eines sechsjährigen Mannes. Der Urheber dieses traurigen Ausganges war der Metallschleifer Alfred Runge, der wegen jahrelanger Tötung vom Schöffengericht Mitte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, sich selbst aber als Opfer der Notwehr

hinstellte und vor der Berufungsinstanz des Landgerichts I gestern seine Freisprechung verlangte. Eines Tages stand der sechzig Jahre alte Arbeiter Adler mit einem jungen Kästchen auf dem Arm im Lorengang eines Hauses in der Prinzenstraße, als der Angeklagte, der des Guten zu viel getan hatte, vorbeikam und das Kästchen streifen wollte. Adler wies den Betrunkenen zurück. Dieser erntete sich zunächst auf einige Schritte, dann mußte ihm wohl der Kerger über die Abfuhr aufsteigen sein, er lehrte um und wollte nun gerade das Kästchen loslassen. Adler machte eine abwehrende Bewegung nach der Brust des Angeklagten, worauf dieser, ein kräftiger, junger Mann, dem Greise einen so wuchtigen Faustschlag verleiht, daß er rücklings die Kellertreppe hinunterstürzte und unten tot liegen blieb. Medizinalrat Dr. Stürmer stellte fest, daß der Tod sofort infolge eines Gehirnlalles eingetreten war. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jakob hielt die Tat des Angeklagten für eine so schwere, daß er Aufhebung des Schöffengerichtsurteils und Ueberweisung des Angeklagten an das Schwurgericht verlangte, da anscheinend vorsätzliche Körperverletzung mit Todeserfolg vorliegt. Die Berufungsinstanz irug aber der Angerufenheit des Angeklagten Rechnung und kam nur unter Befestigung des milden erstinstanzlichen Urteils zu einer Verurteilung der Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten.

### Gewitter über Berlin.

#### Zahlreiche Blitschläge und Teilüberschwemmungen.

Übermals ist Groß-Berlin gestern nachmittags von einem schweren Gewitter, verbunden mit starken Regenschauern und zahlreichen Blitschlägen, betroffen worden. Diesmal haben Charlottenburg, Köpenick, der Wedding, Reinickendorf und der Kreis Niederbarnim am meisten gelitten. Das Unwetter zog von mehreren Seiten herauf und endete sich in der vierten Stunde unter Sturm, Blitzen, Donner und Regen. Die Feuerwehre mußte wegen der zahlreichen Alarmierungen, die unaufhörlich hintereinander erfolgten, in den Ausnahmezustand treten. Auch der Grolmanstraße 36 wurde mehrere Züge entzündet. Dort stand der ausgedehnte Dachstuhl in ganzer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten vermutlich durch Blitschlag gleich an mehreren Stellen reiche Nahrung gefunden und den Inhalt der Bodenverschläge erloscht. Mit vier Schlauchleitungen von Motorspritzen wurde von der Charlottenburger Feuerwehre unverzüglich angegriffen. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl niederbrannte und die oberen Geschosse durch Wasser vom Wölchen und Regen beschädigt wurden. — Weit größer war ein Brand, der gleichzeitig aus Mühlenbeck an der Heidekrautbahn gemeldet wurde. Hier war der Blitz in eine große massive Scheune gefahren, die mit Erntevorräten gefüllt war. Im Nu brannte die große Scheune. Der Flammenschein war weithin sichtbar. Obwohl in kurzer Zeit mehr als zehn Spritzen zur Stelle waren und von allen Seiten gelöscht wurde, gelang es nicht mehr die Scheune zu retten. — Ferner schlug der Blitz in die Häuser Bernauer Straße 26 und 76, wo er Schaden an den Dächern und Wohnungen verursachte und zündete, so daß die Wehr löschten mußte. In der Eichendorffstraße 2 traf der Blitz das Dach und den Schornstein und an zahlreichen Stellen Straßenmassen u. a. in der Burgstraße 27, Ader- und Invaliden-

### Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 15. August.

Tagessintellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtenendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 7.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Schontek: „Bei Tut auch Ammon zu Hause“. 8.10 Uhr abends: Vortragsreihe: „Von schönen und nützlichen Gärten“. — 9. Vortrag: Herr Gartenbauinspektor Ludwig Lesser, Präsident der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft: „Der Hausgarten“. 9—10 Uhr abends: Konzert. 1. a) Lied des Jost, aus der Operette: „Zigeunerliebe“, Lohar, b) „Ich habe kein Geld“, Lied des Symon aus der Operette: „Der Bettelstudent“, Millöcker, Artur Kistenmacher. 2. a) Silliano und Rigaudon, Franzens-Kreisler, b) Tambourin chinois, Kreisler, Stefan Frenkel (Violine). 3. a) Frühlingsmorgen, b) Hans und Grete, Gustav Mahler, Elsa Jörn, von der Staatsoper, Berlin. 4. Heitere Rezitationen, Emil Kühne. 5. a) Nachtigall auf dem Hollandortrieb, Fischhoff, e) Ich möchte a) Weibsel, Manasse, Artur Kistenmacher. 6. a) Kamometta, d) Ambrosio, b) Mazurka, Zanyek, Stefan Frenkel (Violine). 7. a) Mein Haus, H. v. Eyken, b) Wiegenlied, d) Albert, Elsa Jörn, von der Staatsoper, Berlin. 8. Lieder zur Laute, Emil Kühne. Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther, Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten.

straße. Teile der Rosenthaler und Brunnenstraße waren zeitweilig nicht zu passieren, so groß waren die Wassermengen, die von der Invalidenstraße und vom Weinbergweg sich nach Westen nach der Chausseestraße ergossen. Die Veteranenstraße gleich wie die Bernauer, Feld- und andere Straßen einem Wildbach. Das Waldalla-Theater stand teilweise unter Wasser. Die Badstraße war vollständig überflutet. Kellerüberflutungen wurden u. a. in kurzer Zeit gemeldet vom Rosenthaler Hof, wo auch die Küche unter Wasser stand, von den Musterflößen in der Kaiser-Wilhelm-Straße, wo auch ein Wasserröhre geplatzt war, von der Zehdenider Straße 14, Brunnenstraße 183, wo alles in den Kellern schwamm, Joachimstraße 34, Mulackstraße 8, Grenadierstraße 13, Invalidenstraße 3, Brunnenstraße 15 und 16, Aderstraße 6, Potsdamer Straße 22, Fehrbelliner Straße 81 und vielen anderen Stellen im Zentrum, Norden usw. Auch im Westen, z. B. in der Bandlerstraße 17 hat das Wasser arg gemüht.

### Die Beobachtung der Mondfinsternis vereitelt.

Der Wetterumschlag brachte es auch mit sich, daß die Mondfinsternis, die gestern abend von Berlin aus zu beobachten gewesen wäre, gewissermaßen vor verschlossenem Himmel vor sich ging. Der Wolkenhaufen, der den ganzen Himmel überzog, war in den Abendstunden so undurchdringlich, daß der interessante Vorbeimarsch des Erdschattens vor der Mondscheibe nirgendwo sichtbar wurde. Zur Enttäuschung der zahlreichen Mondguter, die sich auf freien Plätzen postiert hatten.

### Aufgeklärter Selbstmord.

Gestern nachmittags fand in der Halle des Friedhofes zu Rosowas die nachmalige Obduktion der Leiche des 20jährigen Walter Stoye aus Gröbzig bei Göthen statt. Wie noch erinnert sein dürfte, wurde am 26. Juli ein noch zunächst unbekannter junger Mann an der Tempelruine im Schloppart zu Babelsberg gefunden. Die Ermittlungen liehen mit aller Sicherheit auf einen Selbstmord schließen. Stoye war schwermütig, hatte vor einem Jahre schon einmal einen Selbstmordversuch gemacht, von diesem her hatte er noch eine Pfeilspitze im Kopfe zurückbehalten, die, wie er meinte, später zu Gehirnkomplikationen führen mußte. Er hatte an seine Braut Abschiedsbriefe geschrieben und seiner Mutter vor der Abfahrt gesagt, daß er sich nächsten, diesmal aber richtig erschießen werde. Dem stand gegenüber die Annahme der Potsdamer Ärzte, die einen Schuß von anderer Hand annahmen. Die Leiche wurde gestern exhumiert und der Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch nahm eine genaue Besichtigung der Ein- und Ausschußöffnungen vor. Er kam zu dem Ergebnis, daß unbedingt die Stirnwunde der Einschuf sein muß. Auch die anderen Herren stimmten den Darlegungen und Ausführungen von Professor Dr. Strauch zu. Somit ist das letzte Glied in der Beweiskette, daß es sich um einen Selbstmord handelt, geschlossen. Wie aus den Aufzeichnungen Stoyes, die er an seine Braut geschickt hat, hervorgeht, hatte er die Absicht, alles zu vernichten und nach seinem Tode unterkannt zu bleiben. Seine Affektstache aus neuem braunen Leder, die er bei seiner Abfahrt aus Rogdeburg noch bei sich hatte, ist noch nicht gefunden worden. Er muß zuletzt in einem Potsdamer Gartenlokal gefressen haben. Vielleicht hat er sie hier gegen Zigaretten oder anderes in Pfand gegeben. Mitteilungen über den Verbleib dieser Tasche nimmt Kriminalkommissar Dr. Rimmann im Polizeipräsidentium entgegen.

### „Eine merkwürdige Verwechslung.“

Zu diesen Ausführungen in Nr. 376 schickt uns die Pressestelle des Polizeipräsidenten folgende Entgegnung: Die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 12. August d. J. enthält unter der Ueberschrift: „Eine merkwürdige Verwechslung“ einen Bericht über die Aufhebung eines Demonstrationszuges am 11. August 1924. Der Sachverhalt ist folgender: Die Polizeieinspektion Kreuzberg erhielt am 11. August gegen 9 Uhr nachmittags durch Radfahrerstreifen die Meldung, daß von der um diese Zeit für Demonstrationszüge gesperrten Lindenstraße her aus Richtung Jerusalem Kirche ein Demonstrationszug im Anmarsch sei. Nach dieser Meldung führte der Zug rote Fahnen mit sich und sang die Internationale, brachte ein Hoch auf Rosa Luxemburg aus und begrüßte die russische Handelsgesellschaft in der Lindenstraße mit Hochrufen. Die Meldung über das Verhalten des Zuges wurde durch eine zweite Erkundungstreife bestätigt. Aus dem Gebaren des Zuges mußte geschlossen werden, daß es sich um Kommunisten handeln müsse, besonders auch, weil die Demonstranten nicht in der Lage waren, auf Verlangen einen Ausweis der Parteileitung vorzuzeigen und weiter in diesem Zuge keine schwarzrotgoldene, sondern nur rote Fahnen gesehen wurden. Der Demonstrationszug wurde daher aufgelöst und zwei rote Fahnen sichergestellt.

Soweit die Zustift des Polizeipräsidenten.

Wie uns die Beteiligten — insbesondere Stadtrat Schudt — versichern, war eine Verwechslung ihrer Gruppe in dem Augenblick nicht mehr möglich, in dem sie angehalten und bedrängt wurden. Dem Zuge wurde eine schwarzrotgoldene Fahne vorausgetragen. Die mitgeführten roten Parteifahren trugen die Aufschriften S.P.D. und U.S.P.D., 8. Abteilung. Das war im Hinblick des großen Kandelabers deutlich zu sehen. Einen Ausweis der Parteileitung hatten unsere Genossen allerdings nicht, da solche zur Verfassungsfeier nicht ausgegeben wurden. Daß unsere Genossen die russische Handelsstelle im Bitoria-Gebäude begrüßten hätten, ist ausgeschlossen; auch haben sie kein Hoch auf Rosa Luxemburg ausgebracht. Das mögen die ihren Zug verfolgenden Kommunisten getan haben, mit denen unsere Genossen verwechelt wurden.

### Dank!

Anlässlich des Fackelzuges am 11. August sprach der Reichspräsident Ebert dem Gauleiter von Berlin-Brandenburg seinen herzlichsten Dank für die Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aus mit der Bitte, diesen Dank sämtlichen Kameraden zu übermitteln.

Wir nehmen dabei gleichzeitig Anlaß, allen denjenigen, die dazu beigetragen haben, unsere Verfassungsfeier zu einem wirklich erhebigen Volksfeste zu gestalten und uns moralisch und materiell hierin unterstützten, unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Die Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin-Brandenburg.

Opfer der Arbeit. Gestern führte auf dem Werthofe der Firma Siemens-Bau-Union in Spandau ein 2 Meter hoher und 2 Meter breiter Stapel von Eisenträgern aus bisher unbekannter Ursache um. Der Kolonnenführer Fritz Schulz aus der Waldstraße 50 wurde unter den herabfallenden Trägern begraben. Der Verunglückte konnte von den sofort zur Hilfe herbeigeeilten Arbeitern nur noch als Leiche hervorgezogen werden. Die Kriminalpolizei hat die Leiche beiseite geschafft.

Die Büroräume des Generalkonsulats der Polnischen Republik in Berlin, Kurfürstenstr. 137, sind wegen Feiertages am Freitag geschlossen.

Englischer Anschauungsunterricht für Kinder. In den nächsten Tagen beginnen die neuen Anfängerkurse (Nachmittagsunterricht) im Englischen für Kinder ohne Vorkenntnis im Alter von 10—14 Jahren. Anmeldungen bis zu m 16. August täglich von 3—5 Uhr nachmittags bei D. Buchs, W. 57, Stietern, 6a (nahe Filowstraße und Rollendampfabzug). Der Unterricht wird vorzugsweise nach Anschauungslehre erteilt. Sprachschule für Proletariat.

Englisch und Spanisch für Erwachsene. In der Sprachenschule für Proletariat beginnen nunmehr außer im Zentrum Berlins auch in Kaufhaus neue Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Anmeldungen: am ersten Unterrichtsabend, und zwar am Freitag, den 15. August, abends 8 Uhr, in der Gemeindefschule Gipsstr. 23a (Nähe







# Wirtschaft

## Die Bekämpfung von Mißständen im Kartellwesen.

Wie der amtliche Preußische Pressedienst einer Verfügung des Preussischen Ministers des Innern entnehmen, hat der Reichswirtschaftsminister kürzlich ein Rundschreiben an die Regierungen der Länder ergehen lassen, in dem er darauf hinweist, daß auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Verbands- und Vereinbarungswezens nicht unerhebliche Mißstände bestehen, zu deren Beseitigung alle geeigneten Mittel, insbesondere die Handhaben der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November v. J., angewendet werden müssen. Die Landesregierungen werden in dem erwähnten Schreiben um wirksame Unterstützung durch sachliche Mitarbeit, um Mitteilungen über Verbände, deren Geschäftsgebahren für nicht einwandfrei gehalten wird, und um Ueberweisung beweiskräftiger Unterlagen ersucht, damit tatsächliche Mißstände bekämpft und die unerlässliche wirtschaftliche Freiheit des Wettbewerbes möglichst gesichert, andererseits aber auch unberechtigten Verallgemeinerungen entgegengetreten werden könne. Besondere Aufmerksamkeit soll der Feststellung von Ausschließlichkeitsverträgen zugewandt werden, da solche Verträge und Vereinbarungen dem bestrebbenden Kartell über seine eigene Wirtschaftsstufe hinaus einen starken Einfluß auf die nachfolgenden Wirtschaftsstufen zu sichern geeignet sind. Weiter legt der Reichswirtschaftsminister neben der Mitarbeit der Regierungen Wert auf die Mitarbeit der Wirtschaftsprüfungskommissionen, die das Reichswirtschaftsministerium schließlich nicht in der Lage ist, allen wichtigen Vorgängen auf dem vielerzweigten Kartellgebiet zu folgen. Zum Schluß des genannten Rundschreibens wird darauf hingewiesen, daß Kartelle von rein örtlicher Bedeutung, wie sie in der Kriegs- und Nachkriegszeit im Handel, Kleingewerbe und Handwerk eine erhebliche Bedeutung für die Preisbildung erlangt hätten, nicht selten auch die Bewegungsfreiheit ihrer Mitglieder in ungesunder Weise einschränken. Hier sei es Aufgabe der örtlichen und der Landesbehörden, im Wege örtlicher Verhandlungen Abhilfe zu schaffen.

Andem der Preussische Minister des Innern den mittleren Preisprüfungsstellen von diesem Rundschreiben Kenntnis gibt, knüpft er hieran das Ersuchen, die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums durch sachliche Mitarbeit im Sinne dieser Richtlinien wirksam zu unterstützen und etwaigen Mißständen im Einvernehmen mit den einzelnen in Betracht kommenden Wirtschaftsvertretungen nach Möglichkeit zu begegnen. Beweiskräftige Unterlagen, die für das Reichswirtschaftsministerium von Bedeutung sind, sollen zwecks Weiterleitung dorthin durch das Ministerium des Innern gehen.

## Eine bedeutsame genossenschaftliche Verschmelzung.

Die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ in Barmen und die Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Beizeitung“ in Elberfeld haben ihre Vereinigung beschlossen. Damit ist eine Verschmelzung zustande gekommen, wie sie bisher in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbewegung noch nicht zu verzeichnen war. Beide Genossenschaften sind vor 25 Jahren gegründet worden.

Überall in der Welt klingen die Städtenamen Elberfeld-Barmen geläufig nebeneinander. Es sind aber doch auch bisher alle Versuche, die beiden Städte zu vereinen, fehlgeschlagen, beide hatten bis in die letzte Zeit die fast genau gleich große Einwohnerzahl von je rund 165 000. Jetzt hat Barmen durch die Eingemeindung des östlich gelegenen westfälischen Amtes Langerfeld die westlich gelegene Nachbarstadt Elberfeld um rund 20 000 Einwohner überflügelt. Das Haupthindernis für eine Einigung der beiden Städte ist das Fehlen eines gemeinsamen Mittelpunktes. Nachdem unter solchen Verhältnissen beide Genossenschaften im Laufe eines Vierteljahrhunderts jede für sich eigene Betriebsanlagen geschaffen hatten, ist es erklär-

lich, daß eine Vereinigung der beiden Genossenschaften nicht so leicht war. Jetzt hat jedoch ein äußerer Anlaß den Anstoß gegeben. Die zwischen Elberfeld und Essen liegende Konsumgenossenschaft „Haus halt“ in Velbert war durch die verschiedensten Ursachen an den Abgrund gekommen. Es handelt sich hier nicht um einen kleinen Konsumverein; der „Haus halt“ besitzt 20 Verteilungsstellen, von denen sich drei in eigenen Häusern befinden. Wie auch sonst häufig, ist auch hier eine Verschmelzung zu spät erwogen worden. Die Vorschläge sachverständiger Berater fanden jedoch damals verschlossene Ohren. Der jeden Tag steigende Verluste bringende Betrieb wurde fortgesetzt. Die Verwaltungen von Barmen und Elberfeld haben endlich doch beschlossen, Velbert zu übernehmen. Für die Verwaltungen von Barmen und Elberfeld war bei dem Beschluß, Velbert mit seinen Lasten zu übernehmen, die Absicht ausschlaggebend, die Genossenschaftsform vor sicherem Schaden zu bewahren.

Zu den Ursachen des Unterganges von Velbert gehört die parteipolitische Zerklüftung, die so weit ging, daß Käufer, die nicht mit den Kommunisten sympathisierten, aus den Verteilungsstellen hinausgedrängt wurden. Die nun zusammengeführten Wuppertaler Genossenschaften werden den Namen „Vorwärts-Beizeitung“ mit dem Sitz in Barmen tragen. Diese Groß-Genossenschaft erstreckt sich mit ihren 182 Verteilungsstellen von Hohenlimburg (Lenne) bis Nettwig (Ruhr) auf eine Entfernung von mehr als 60 Kilometer. Es ergibt sich, daß bei 60 000 Mitgliedern die der Genossenschaft angeschlossene Einwohnerzahl auf annähernd den dritten Teil der Gesamtbevölkerung zu schätzen ist, wenn angenommen wird, daß eine Mitgliederfamilie durchschnittlich vier Köpfe umfaßt. Die Konzentration der Konsumgenossenschaften im Industriegebiet hat einen großen Schritt vorwärts getan.

## Das neue Ruhrkohlen Syndikat.

Dortmund, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Konferenz der Zechebesitzer stimmten etwa 75 Prozent der anwesenden Vertreter der Zechen für Kündigung des jetzigen Vertrages zum 1. Oktober, die damit beschlossen ist. Die Mehrheit sprach sich dann für den Abschluß eines neuen straffereren Syndikatsvertrages aus, der den Handel mit Ruhrkohle nach Holland dem neuen Syndikat übertragen soll. Es besteht Aussicht, daß der Ruhrkohlenhandel auf der Grundlage eines neu begründeten Ruhrkohlen Syndikats in festere Bahnen gelenkt werden wird.

## Das Ergebnis der 9. deutschen Ostmesse.

Die deutschen Fabrikanten und Großhändler waren mit sehr geringen Erwartungen nach Königsberg gekommen. Der Erfolg der 9. deutschen Ostmesse jedoch übertraf in fast allen Branchen die Erwartungen. Die Zahl der Orders war in den meisten Geschäftszweigen beträchtlich, wenn die einzelnen wegen des Geldmangels auch nicht sonderlich groß ausfielen. Der Besuch aus dem Auslande war erfreulich groß. Die ausländischen Interessenten fanden die Preise der deutschen Waren in vielen Fällen noch zu hoch und die deutschen Zahlungsbedingungen nicht entgegenkommend genug. Vorwiegend wurden Gegenstände des dringendsten Bedarfs gekauft, während Luxuswaren und Objekte, die größere Mittel festlegen, weniger interessierten. Insgesamt kann das Ergebnis der 9. deutschen Ostmesse bei der augenblicklichen Konjunktur mehr als befriedigend genannt werden.

## Reichswirtschaftsministerium und Legation.

Wie uns mitgeteilt wird, trifft die Auffassung, daß das Reichswirtschaftsministerium für die Legation in London verantwortlich sei, nicht zu. Die Enquete ist vom Reichswirtschaftsministerat geführt worden, der Reichswirtschaftsminister ist allein verantwortlich für die Methode der Erhebung und für den erstatteten Bericht.

Das Reichswirtschaftsministerium hat bereits während der Verhandlungen auf dem Kartellgebiet eingegriffen. Der Reichswirtschaftsminister hat bereits erklärt, daß er die optimistische Auffassung über die Kartelle nicht zu teilen vermöge, er wird die Methoden der Erhebung ernstlich prüfen und sich darüber im Zusammenhang mit der Beurteilung des Gesamtergebnisses dieser Enquete äußern.

Das Ergebnis der Legation enquete zeigt abermals, wie dringend notwendig die Schaffung einer unabhängigen und objektiven Enquetekommission ist, die die Tatsachen der Wirtschaft nicht unter dem Interessentengesichtspunkt prüft. Der Reichswirtschaftsminister mit seiner Interessententretung ist kein Ersatz für eine unabhängige Enquetekommission.

## Strafantrag im Wöllersdorf-Skandal.

Wie der Wiener „Abend“ wissen will, hat die Wirtschaftspolizei auf Grund der Untersuchung in der Wöllersdorfer Affäre gegen sechs Personen, darunter Alder, Leon Skarz und Direktor Reumann von der Metallum-L.-G., Strafantrag gestellt. Gegen fünf von ihnen sei von der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung eingeleitet worden.

Herr Heinrich Skarz, gegen den in Deutschland ein Haftbefehl wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott ergangen ist, hat sich nach Wien geflüchtet.

## Die schlechte dänische Handelsbilanz.

Kopenhagener Blätter berichten von einer außerordentlich ungünstigen Gestaltung der Handelsbilanz durch den Niedergang der Ausfuhr in landwirtschaftlichen Artikeln. Die Veröffentlichung der Handelsbilanz über den Monat Juni 1924 weist einen Unterfuß von 52 Millionen Kronen auf. Es handelt sich hierbei um den größten Unterfuß, den ein Monat in dem laufenden Jahr gebracht hat, denn insgesamt haben die Monate Januar bis Mai 149 Millionen Kronen Unterfuß gebracht. Im vorigen Jahr hatte der Monat Juni einen solchen von nur 7 Millionen Kronen, so daß im Juni 1924 im Vergleich zum Vorjahr ein Mehrunterfuß von 45 Millionen Kronen zu verzeichnen ist.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse beträgt der Ueberschuß bei 106,6 Goldmillionen Einnahmen und 106,2 Goldmillionen Ausgaben in der Zeit vom 1. bis 10. August rund 0,4 Millionen. Der Gesamtüberschuß seit dem 1. April 1924 steigert sich damit auf 47,2 Millionen. Der Erlös aus dem Verkauf von Rentenmarktschatzwechseln nahm um 10,8 auf 109,2 Millionen zu.

Die ersten Auswirkungen des englisch-russischen Abkommens. Wie der Ost-Express erzählt, wird die Unterzeichnung des englisch-russischen Handelsvertrages auf die russisch-deutschen Handelsbeziehungen in der nächsten Zeit noch keinen Einfluß haben. In unterrichteten englischen Wirtschaftskreisen meint man, daß die Auswirkungen des in London unterzeichneten Abkommens nicht vor Jahreseschluß sichtbar werden würden, wenn nämlich eine Uebersicht über die Beziehungen zwischen der Londoner Industrie und Moskau gewonnen seien und in der Frage der englischen Ansprüche an die Sowjetregierung sowie der Entschädigung der Engländer, die durch die Revolution in Rußland Einbuße erlitten haben, völlige Klarheit geschaffen sein wird. Da einstweilen noch mit der Registrierung dieser Einzelheiten fortgefahren wird, so ist eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht vor Oktober zu erwarten. Wenn es dabei zu einer Verständigung kommen sollte, so ist anzunehmen, daß ein Teil der Aufträge, die bisher nach Deutschland kamen, nach England hinübergehen wird. Andererseits würde eine größere Bereitwilligkeit des englischen Kapitals zur Beteiligung in Rußland auch eine Belebung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen mit sich bringen.

# Nur eine Woche

enorm billiger Verkauf in Wäsche

<b>Herren-Hemden</b> prima Macco m. Einsatz	<b>2,50</b> 3,50, 2,90
<b>Herren-Hemden</b> Macco ohne Einsatz	<b>1,60</b> 3,60
<b>Herren-Oberhemden</b> farbig mit 2 Kragen	<b>5,20</b>
<b>Herren-Oberhemden</b> farbig mit 1 Kragen	<b>5,80</b>
<b>Herren-Hemden</b> wollgemischt	<b>2,90</b> 3,20
<b>Herren-Hemden</b> Barchend	<b>1,90</b> 3,10
<b>Herren-Arbeitshemden</b> Oxford	<b>2,90</b>

<b>Damen-Hemden</b> m. Stickerei u. Langette in guter Qual. 1 Posten	<b>1,80</b> <b>5,60</b>
<b>Prinzeß-Unterröcke</b>	<b>5,60</b>
<b>Damen-Hemdrosen</b> in guten Qualit. m. Stickerei u. Einsatz	<b>5,80</b>
<b>Damen-Hemdrosen</b> mit Hohlsaum	<b>3,75</b>
<b>Knaben-Sporthemden</b> weiß, Gr. 60/80	<b>2,90</b> 2,25, Gr. 90/100
<b>Knaben-Sporthemden</b> Zephyr, Gr. 60/80	<b>2,65</b> 2,10, Gr. 90/100
<b>Knaben-Sporthemden</b> gestr. Lein., Gr. 60/80	<b>2,45</b> 1,90, Gr. 90/100

<b>Knaben-Sporthemden</b> Flanell, Gr. 60/80	<b>3,10</b> 2,45, Gr. 90/100
<b>Hemdenstück u. Renforcé</b> in extra guten Qualitäten	<b>0,75</b>
<b>Zephyr</b> gestreift	<b>0,75</b>
<b>Kleider-Frotté</b> in guten Mustern	<b>1,90</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> schwarz, deutsch lang, Baumwolle	<b>0,45</b>
<b>Damen-Strümpfe</b> farbig, nur noch in einzelnen Farben	<b>0,60</b>
<b>Herren-Socken</b> Baumwolle	<b>0,25</b> 0,35

**Gebrauchte Bettwäsche, gewaschen u. desinfiziert**  
2,65 Mark Kopfkissen und Bezug 2,65 Mark



**Kleider-Vertrieb**

G. m. b. H. Kommandantenstraße 80-81  
2. Verkaufsst.: Osten, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsst.: Lichtenberg, Frankfurter Allee 82. 4. Verkaufsst.: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eing. Boddinstr. 5. Verkaufsst.: Norden, Müllerstr. 181





## Das „Elend“ der Landwirtschaft.

Von einem mit ländlichen Verhältnissen vertrauten Beamten wird uns geschrieben:

„Klagen und schreien ohne Unterlaß, mit der Zeit bleibt schon etwas hängen! So ungefähr haben „zielbewußte“ Agrarier von jeher die Taktik ihres Vorgehens umrissen. Durch die Erfolge, die sie bisher stets auf Kosten der Allgemeinheit erzielt haben, sind sie immer anmaßender und anspruchsvoller geworden. „Wir sind im Besitze der Machtmittel und wollen nun davon Gebrauch machen!“ erscholl es wiederholt und selbstbewußt in den letzten beiden Jahren. Es ist nicht ihr Verdienst, daß das „Höherhängen des Brotkorb“ und die dadurch verursachten Hungerrevolten nicht zum Bürgerkrieg und damit zu der ersehnten agrarischen Machtergreifung geführt haben. Die Regierung hatte durch Vorsorgemaßnahmen den Deutschen einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Im Gegensatz zu ihrer außenpolitischen Impotenz erweisen sich die Herren Großagrarien im Innern als vorzügliche Regisseure. Um die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, wie dringend die Landwirtschaft des Schutzes und anderer Liebesgaben bedarf, nimmt man das Volk unter Trommelfeuer. Auch der „kleine Landwirt“ muß als Kinderschreck herhalten. Offenbar verpricht man sich hiervon unter den heutigen Verhältnissen eine besonders durchschlagende Wirkung.

Darüber besteht doch kein Zweifel, daß die Ereignisse der letzten zehn Jahre die Landwirtschaft im Vergleich zu allen anderen Berufen am wenigsten mitgenommen haben. Wenn die Masse der Großstadtbevölkerung auf halbverfaulte Kohlrüben als die einzige Rettung vor dem Verhungern angewiesen war und wenn es im Schlingengraben am Notwendigsten fehlte, konnte der Landwirt einen gut besetzten Tisch führen. Wer Gelegenheit hatte, die Lebenshaltung in der Landwirtschaft während des Krieges und später zu sehen, der wußte nicht, ob er lachen oder sich ärgern sollte, wenn er von „opferwilliger Einschränkung der eigenen Bedürfnisse durch die Landwirte“ hörte.

Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß die Landwirte durch die Verhältnisse in der Kriegs- und Nachkriegszeit im höchsten Grade verwöhnt worden sind. Wenn heute die Vorräte ihrer Weinkeller und Zigarrenschränke hier oder dort auf die Reize gehen und die Ergänzung einige Schwierigkeiten verursacht, so sollten sie das nicht zum Anlaß nehmen, über den Untergang der Landwirtschaft zu zetern, sie sollten vielmehr bedenken, in welchem Maße ihre übrigen Volksgenossen ein Jahrzehnt lang körperlich und seelisch gelitten haben.

Zum Beweise dafür, wie schlecht es der Landwirtschaft gehe, wird u. a. der geringe Absatz der landwirtschaftlichen Maschinen angeführt. Man verschweigt aber die Tatsache, daß die Landwirtschaft sich im Laufe der letzten Jahre an Maschinen „überfüllt“ hat. Sie legte ihre damaligen Einnahmen nicht nur in Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen, sondern auch in Möbeln, Kleidungsstücken und anderen Gebrauchs- und Luxusgegenständen an.

Die Herren von der agrarischen Presse, die mit ihrer „guten Kinderstube“ renommieren, erbringen den Beweis hierfür meistens dadurch, daß sie den Mangel an sachlichen Gegenständen durch persönliche Ausfälle zu ersetzen suchen. Deshalb sei ihnen vorweg empfohlen, aufs Land zu gehen und festzustellen,

a) welche Maschinen, Automobile usw. die Landwirte vor Ausbruch des Krieges besaßen und welche sie danach angeschafft haben,

b) welche Getreidemengen für die Landwirte heute in den Speichern von Genossenschaften und Kaufleuten „zur Aufbewahrung“ lagern.

Das Ergebnis wird sie vielleicht dazu bewegen, ihr Argument, die Landwirtschaft sei „von allen Betriebsmitteln entblößt“, zu revidieren.

Die größte Rolle unter den Gründen für den „Schuh der Landwirtschaft“ spielt die Behauptung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ständen weit unter denen für Industrieprodukte. Daß die gewerblichen Erzeugnisse heute teurer sind als vor dem Kriege, ist richtig. Das trifft aber andere Berufe, z. B. die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger, ungleich stärker als die Landwirtschaft. Sie konnten sich keine Vorräte hinlegen, haben weder Milch noch Butter, die im Preise gestiegen sind, zu verkaufen, müssen vielmehr zum Teil mit weit unter dem Vorkriegsstande liegenden Bezügen auskommen.

Mit allen Kräften und Mitteln arbeitet die Landwirtschaft auf die Wiedereinführung von Getreidezöllen hin. Deutschland ist jedoch kein Getreideüberschußland. Deshalb sind Einfuhrzölle hier natur- und sinnwidrig. Nirgends wird so viel von der Erleichterung des deutschen Volkes gesprochen als gerade in der Landwirtschaft. Hier soll nun das Wort in die Tat umgesetzt werden. Der Versuch, die Schutzzölle durch Drohung mit extensiver Wirtschaft zu erzwingen, steht hiermit im Widerspruch; er ist auch unangebracht, denn der Grund und Boden ist kein unbedingttes Eigentum des einzelnen, wie es etwa die persönliche Arbeitskraft des einzelnen darstellt. Der Landwirt ist vielmehr lediglich als Sachwalter (Treuhänder) auf dem Grund und Boden, von dem das Volk seinerzeit Besitz ergriffen hat. Daß ungeeignete oder gleichgültige Landwirte selbst durch Zoll und andere Liebesgaben nicht zur Tüchtigkeit und zum Pflichtbewußtsein erzogen werden, haben wir vor dem Kriege genugsam erfahren. Es gab eine erhebliche Anzahl von Großgrundbesitzern, die nicht einmal das Einkommen eines Unterbeamten versteuerten, obwohl sie für ihren Haushalt 9000 bis 10000 M. jährlich aufwendeten. Dabei bestimmte das Einkommensteuergesetz, daß die Aufwendungen für den eigenen Haushalt steuerpflichtig sind. Sie lebten eben schon damals von der „Substanz“.

Auch die scharffinnigsten Deduktionen der treibenden Agrarinteressenten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einführung von Getreidezöllen eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung nach sich ziehen würde. Die Industrie müßte die Löhne und die Preise für ihre Erzeugnisse erhöhen. Dadurch wäre ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande beeinträchtigt. Sie ist aber in Zukunft mehr denn je auf Auslandsgehäfte angewiesen. Der deutsche Landwirt kauft ihr doch nicht alle



„Unser Adler muß nur seine Krone wieder haben, dann wird er sich alsbald von neuem in die Lüfte schwingen —“



„so — und den Reichsapfel in die Klaue —“



„— und in die andere das Jopeter —“



„Bau, da liegt er!“

vier Wochen einen neuen Dampfflug oder eine neue Dreschmaschine ab! Bäst aber die Industrie trotz der Verteuerung der Lebenshaltung keine Erhöhung der Arbeiterlöhne eintreten, dann ist eine Verelendung weitester Volkskreise unausbleiblich; denn die Entlohnung in der Industrie bildet den Maßstab für die Besoldung der Arbeitnehmer in allen anderen Berufen. Dann steht unsere gesamte Arbeiterschaft auf dem Lebensniveau des „Wanderarbeiters“ aus vergangenen Tagen. Daß Beamte, Rentenempfänger, überhaupt alle, denen die Möglichkeit zur „Einkaufslieferung von Teuerungsaufschlägen“ fehlt, von dem Elend nicht verschont bleiben, bedarf keiner weiteren Ausführung; denn von Leuten, die heute eine Erhöhung der Gehälter und Renten beantragen, in demselben Atemzuge aber erklären, keine Steuern zahlen zu wollen, ist ein Allheilmittel nicht zu erwarten.

Die agrarischen Zeitungen schreiben, der Wert des Grund und Bodens sei gegen die Vorkriegszeit um die Hälfte gesunken. Man vergleiche hiermit folgende Notizen, die aus dem letzten Jullidrittel stammen:

I. Aus Davenstedt bei Hannover: In der dortigen Gegend wurden für den Morgen Ackerland „notarisch 250 Zentner Roggen gezahlt“. Es handelt sich um Inanspruchnahme von Land zu Siedlungszwecken.

II. Aus Reetz, Provinz Brandenburg: Bei der am letzten Freitag erfolgten neuen Verpachtung des Gemeindefriedhofes wurden hohe Preise geboten, der Morgen Land kam 60 M. und darüber. Hoffentlich steigen auch im nächsten Jahre die Getreidepreise, sonst ist keine Möglichkeit, daß bei Ackerlohn und Arbeit die Pächter auf ihre Rechnung kommen.

Es wäre interessant, festzustellen:

Zu I. Wie hoch der Ackerpreis vor dem Kriege in Davenstedt war (der jetzige Wert wird auf 250 Zentner Roggen gleich rund 1600 M. für den Morgen beziffert). Welcher Wert ist der Steuerveranlagung zugrunde gelegt?

Zu II. Wieviel Pacht für den Morgen Ackerland in Reetz vor dem Kriege gezahlt wurde. Ich kalkuliere, höchstens zwei Drittel des Betrages, den man heute bei der „Unrentabilität“ der Landwirtschaft bietet. Die naive Hoffnung auf das Steigen der Getreidepreise läßt jeden Kommentar überflüssig erscheinen.

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, die Besitzverteilung in einem ostelbischen Kreise kennen zu lernen. Danach befinden sich je in einer Hand:

- a) 4 Rittergüter als Besitz,
- b) 3 Rittergüter als Besitz und 1 Rittergut als Pachtung,
- c) 1 Rittergut als Besitz und 3 Rittergüter als Pachtung,
- d) dreimal je 3 Rittergüter als Besitz,
- e) 3 Rittergüter als Pachtung,
- f) 17mal je 2 Rittergüter als Besitz.

Diese Häufung großer Wirtschaften in einer Hand läßt sich ebenfalls mit der angeblichen Unrentabilität der Landwirtschaft schwer in Einklang bringen.

Volk und Regierung müssen auf der Hui sein, um jeden Versuch einer organisierten Produktionsabotage im Keime zu ersticken.

Eine allgemeine Kollage der Landwirtschaft kann nicht anerkannt werden. Selbst für den, der die Verhältnisse nicht aus eigener Ueberzeugung kennt, bildet schon der Luxus, der nach wie vor in gewisser agrarischen Kreisen getrieben wird, eine untrügliche Urteilsgrundlage. Und was lehrt uns jahrtausendlange geschichtliche Erfahrung? Luxus ist nur auf den Schultern des Elends anderer möglich! So war es bei den Römern, so war es bei den Griechen, so ist es auch in der heutigen Welt.

Also weg mit Agrarzöllen und mit allem, was dazu führen könnte, daß ein Teil des Volkes im Luxus erstickt, während der andere an Entbehrungen zugrunde geht!

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.  
Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 46 III.  
Kawacabschicht Lehrenberg, Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr, bei Schnorre, Potsdamer Straße, Versammlung. Beratung über Beteiligung an einer Gründungsfeier einer barmherzigen Kameradschaft. Preisproben der Beschlussscheine.

Leserklub-Berlin „Die Naturfreunde“, Mt. Hedding, jeden Dienstag in der Schule Büttcher Str. 47/48, 1/2 Uhr, Sonntag, den 17. August, Besichtigung der nördlichen Abteilungen nach dem Deminsee, 1/2 Uhr, Besuch im Brunnen, Dienstag, den 19. August, Vortrag Peterstorfer: „Ursachen der Weltwirtschaftlichen Krise“, auch zur Fabri. willkommen.



